

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Abonnement monatlich 35 Pfg., vierteljährlich 1,00 RM., einschließlich Postgebühren. In den Abholstellen monatlich 30 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 RM. einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 10 Pfg.

Anzeigenpreise:
Die gewöhnliche Zeile 25 Pfg., für anwärts 30 Pfg., die zweipaltige Reklamazeile 80 Pfg., Reklamemarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32
Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften
Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 30 Danzig, Sonnabend den 28. Juli 1917 8. Jahrgang

Nach dem Sturm

Der Reichstag hat die neuen 15 Milliarden Kriegskredite bewilligt und ist dann bis zum 26. September in die Ferien gegangen. Die Fraktionsführer, welche die interfraktionellen Beratungen der Reichstagsmehrheit fortsetzen und auch mit der Regierung weiter verhandeln, der Haushaltsausschuss und der Verfassungsausschuss, die an jedem Tag zusammenberufen werden können, werden während dieser Ferien darüber wachen, daß die Geschäfte im Sinne der Volksmehrheit geführt werden. Der neue Kanzler wird während dieser Pause sein Ministerium bilden müssen. Eine Entscheidung darüber, welche Minister gehen und bleiben, ist offenbar noch nicht getroffen — wie der „Berliner Lokalanzeiger“ versichert, will Dr. Michaelis erst darüber mit den Parteivorstehenden verhandeln, um möglichst Parteivertreter für einige Ämter zu gewinnen. Die Kandidaturen von Hinge und Dr. Helfferich für das Staatssekretariat des Auswärtigen können als erledigt betrachtet werden. Herrn Helfferich will man freilich auf jeden Fall in einem hohen Reichsamt festhalten, weil man ihn für die Friedensverhandlungen und die dabei so wichtigen Wirtschaftsfragen zu gebrauchen gedenkt. Auch das ist ein Stück der sonderbaren politischen Logik in Deutschland, an die man sich erst gewöhnen muß: Bethmann muß gehen, weil er angeblich ein Hindernis für den Frieden ist, und Helfferich muß bleiben, weil er dafür unentbehrlich ist. Aber vielleicht hält Michaelis diesen Ausbund von reaktionärer Gesinnung und parlamentarischer Ungeklärtheit, weil er die innere Einheit des deutschen Volkes glanzvoll wieder hergestellt hat: als bekannt wurde, daß Helfferich Staatssekretär des Auswärtigen werden sollte, erklärten die altdeutschen und die sozialistischen Blätter mit gleicher Schärfe ihn für den denkbar ungeeignetsten Mann!

Der neue Kanzler hat sich dem Volke vorgestellt, und das übereinstimmende Urteil über ihn lautet: Bethmann Nr. 2. Die rechtsstehende Presse sucht zwar in der Rede von Dr. Michaelis nach Bekundungen der Kraft und des Führerwillens, die Bethmann angeblich hat vermissen lassen, aber das ist sehr gekünstelt; sie kann nur nicht sagen, daß Michaelis politisch ungefähr dasselbe wie Bethmann ist, weil sie ja dann die Sinnlosigkeit ihrer Kanzlerkürzerie eingestehen müßte. Dabei ist es unzweifelhaft, daß Michaelis Bethmann nicht ersetzen kann. Immerhin darf man in Deutschlands Interesse hoffen, daß der Kanzlerertrag noch nicht der schlechteste ist.

Drei Hauptfragen standen im Mittelpunkt des Kampfes, das gleiche Wahlrecht in Preußen, die Parlamentarisierung der Regierung und die Friedensfrage. Die Wahlrechtsfrage ist einstweilen erledigt. Die Regierung wird das Gesetz über die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen ausarbeiten und wohl zweifelsohne im Herbst dem Landtag vorlegen. Dann muß das Volk auf dem Posten sein und den nötigen Druck ausüben, daß es nicht etwa verschleppt oder verschlechtert wird.

Die Parlamentarisierung der Regierung scheitert einstweilen am Widerstand der Einzelstaaten. Aber weniger schuldig sind daran die Regierungen als die Parteien. Zentrum und Nationalliberale haben noch immer nicht begriffen, daß sie Würde und Ehre der verantwortlichen Führung der Staatsgeschäfte voll übernehmen müssen. Aufzwingen kann man es einem Parlament nicht, daß es regiert; die Macht dazu muß es sich selber nehmen und hat es auch in Deutschland, sobald es ernsthaft will. Die Zukunft wird die Mittelparteien in diesen Fragen auf den Standpunkt der Sozialdemokratie zwingen, genau wie das in der Friedensfrage geschehen ist.

Die Friedensentscheidung des Reichstages nimmt die Formel des Arbeiter- und Soldatenrats, das Friedensprogramm der Sozialdemokratie, als Grundlage der Friedensverhandlungen an. Die Regierung und die Heeresleitung haben sich damit abgefunden. Unabhängige Sozialdemokraten und Annexionisten vom unabhängigen Ausschuss suchen den Eindruck zu erwecken, als ob darüber noch Unklarheit bestünde. Im Schädel dieser Herren wird es wohl nie klar werden, aber über den Standpunkt der Reichstagsmehrheit ist vernünftigerweise nicht der leiseste Zweifel erlaubt. Wenn ein Beschluß angenommen wird, der besagt: „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker, mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebiets-erwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar“ — welcher vernünftige Mensch kann dann noch zweifeln, was die deutsche Volksvertretung will. Selbst der sehr kritische Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ schreibt: „Die Resolution ist klar, und indem Herr Michaelis seine Ziele dem „Rahmen“ dieser Erklärung anpaßte, hat er sich unwiderruflich auf den Standpunkt der Annexionen abgestellt.“ Jemand eine Möglichkeit, seinen Willen so auszu-

drücken, daß er nicht mißdeutet werden kann, besteht bekanntlich überhaupt nicht — einen Schutz gegen Mißverständnisse hat noch niemand erfunden. Wäre der Beschluß des Reichstages zweideutig, würden dann die Annexionisten so toben?

Die Eroberungspolitik brüllten aber vor der Abstimmung gegen den „Schmachfrieden“ und beschimpfen nach ihr den Reichstag wie toll. Die „Tägliche Rundschau“ bezeugt ihm, daß auch er in Deutschland nichts werde verderben können, selbst nicht durch solche schwarzen Lage, die „Berliner Neuesten Nachrichten“ erklären, daß er „ein ziemlich trauriges Bild“ geboten habe, und die „Deutsche Zeitung“ sagt vorher, ein Hohngeächter der Hölle werde losbrechen über dies schwache Geschlecht, das ein ragendes Zeichen seines politischen Unverstandes ausgerichtet habe. Wenn jene schon so schimpfen, dann war die Tat des Reichstages sicher deutlich und gut.

In der Friedens- und Wahlrechtsfrage ist der Regierung das Programm vorgezeichnet, in Sachen der Parlamentarisierung muß sie den richtigen Weg noch selber suchen, da der Reichstag ihn bisher nicht gefunden hat. Der neue Reichskanzler wird zu zeigen haben, welche Geschicklichkeit und Tatkraft er bei Durchführung dieses Programms einzusetzen vermag.

Reichstag und Friedensziele

Die von den Mehrheitsparteien des Reichstages angenommene Friedensresolution hat folgenden Wortlaut:

Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede „Uns treibt nicht Eroberungssucht“. Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitztandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebiets-erwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich.

Der Reichstag weiß sich in dieser Bekundung eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher.

Der bisherige Reichskanzler, Herr v. Bethmann Hollweg, hatte nach Überwindung einiger Bedenken seine Bereitwilligkeit erklärt, sich auf den Boden dieser Erklärung zu stellen.

Die namentliche Abstimmung

Das Ergebnis über die namentliche Abstimmung zur Friedensresolution im Reichstag liegt nunmehr amtlich vor. An der Abstimmung haben sich 357 Abgeordnete beteiligt. Davon haben 212 Abgeordnete mit „Ja“, 126 Abgeordnete mit „Nein“ gestimmt, 17 Abgeordnete haben sich der Abstimmung enthalten. 2 Abgeordnete haben ungültige Zettel abgegeben.

Im Gegensatz zu ihren Fraktionsgenossen haben gegen die Entschliebung gestimmt vom Zentrum die Abgg. Frhr. von Franckenstein, Graf v. Galen, Dr. Pflieger, Graf Prachma, Schwarze (Pippstadt) und Müller (Julda); von der Deutschen Fraktion die Abgg. v. Brinck, Doerksen, v. Halem, (Schweg), Dr. Hegenscheidt, Herzog, Mumm, Graf v. Poldowsky-Wehner, Stubbendorff, Warmuth, Dr. Werner (Gießen), Werner (Hersfeld), und Witt. Für die Resolution haben von der Deutschen Fraktion gestimmt die Abgg. Dr. Arendt, Behrens und Burchardi (christlich-sozial), Bruhn und Rupp (deutschsozial), die beiden bayerischen Bauernbündler Lanz und Bauer (Pfarrkirchen) und die fünf Welfen.

Der Abstimmung enthalten haben sich 14 Polen und die Abgg. Dr. Becker (Hessen), Dr. Hecker (Fortich, Bp.) und Böcher (Deutsche Fraktion).

Die Unabhängigen haben, wie schon gemeldet, 20 Stimmen gegen die Friedensresolution abgegeben. Sie haben sich von den Annexionisten — anneklieren lassen!

Pressestimmen über die Rede des Kanzlers

Oesterreichische Pressestimmen

W. I. B. Wien, 20. Juli. Das „Fremdenblatt“ schreibt: Die ganze Welt weiß jetzt, daß das deutsche Volk ebenso wie wir zu einem Frieden, der eine Versöhnung der Völker herbeiführen kann, bereit ist. Wenn aber unsere Gegner die Zentralmächte und deren Verbündete demütigen und verkleinern und deren zukünftige Sicherheit zerstören wollen, dann werden sie erfahren, daß unsere Kraft unerschrocken, daß wir alle ihre Pläne zunichte machen werden. Darüber kann nach den Erklärungen des deutschen Reichskanzlers und der Sprecher der überwiegenden Mehrheit des deutschen Reichstages kein Zweifel herrschen. Bei uns und in Deutschland strebt man einem annexionstosen Verständigungsfrieden, den Kaiser Karl immer im Auge hatte, aufrichtig zu. Ein anderes ist's ob unsere Gegner bereit sind, auf dieser Grundlage den Krieg zu beenden. — Die „Arbeiter-Zeitung“ nennt den Beschluß des Reichstages eine ernste Kundgebung für den Frieden, eine Aufforderung, zu ihm zu schreiten, die jeder Gegner annehmen kann. — Die „Neue Freie Presse“ führt aus: Das deutsche Volk erließ durch die Mehrheit seiner Abgeordneten eine Kundgebung für den Frieden. Auch der Reichskanzler stellte sich vollständig auf diesen Boden. Graf Czernin teilte mit, die Monarchie wolle nichts anneklieren und sei bereit, mit Rußland einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen abzuschließen. Dieser Standpunkt ist nunmehr auch die Willensmeinung der Majorität des deutschen Parlaments und der deutschen Regierung. Voller Klarheit ist die Tatsache festzustellen, daß beide Staaten sich auf derselben Linie finden und daß wirklich nur die Feinde zu wollen brauchen, um ein ehrenvolles Ende herbeizuführen. Die Entente hat nicht den geringsten Vorwand mehr, das Blutvergießen fortzusetzen. Wenn sie es dennoch tut, so muß darin der Vernichtungswille erblickt werden, dem wir ernsteste Entschlossenheit entgegenstellen wollen. Was zu tun war, um den Frieden zu beschleunigen, geschah. Nun ist's an unseren Gegnern, zu sprechen und ihre wahren Gesinnungen zu enthüllen. Die Monarchie und das Deutsche Reich, die Minister, Parlamente und Völker: sind einig und untrennbar verbunden.

Lloyd George gegen Michaelis

London, 21. Juli. (Reuter.) (Vorläufiger Bericht.) Bei der Jahresfeier der belgischen Unabhängigkeit hielt Lloyd George als Antwort auf die erste Rede des neuen Reichskanzlers eine Rede, in der er u. a. sagte:

Der belgische Neutralitätsvertrag war einer der Schlußsteine des europäischen Rechts. Die Belgier haben ihre Pflicht gegen Europa treu und loyal erfüllt. Welcher Art war der deutsche Vorschlag? Es war der Vorschlag eines Mörders, der sich einem Manne nähert und ihm sagt: „Öffne mir deine Tür, damit ich deinen friedlichen Nachbarn berauben kann!“ Was für ein Gemüt müssen die Männer besitzen, die jemandem eine solche Gemeinheit vorzuschlagen!

Unterdessen haben die Junker den alten Kanzler mit seinem „Fehlen Papier“ in den Papierkorb geworfen, und da liegen sie Seite an Seite. Wir werden nicht lange zu warten haben, bis das Junkertum folgt.

Welche Hoffnung für den Frieden findet sich in der Rede des Reichskanzlers? Ich meine, für einen ehrenvollen Frieden, den einzig möglichen Frieden! Es ist eine geschickte Rede, eine Rede, die sich nach allen Seiten wendet. Sie enthält Sätze für die, die ernstlich den Frieden wünschen, aber es sind auch Sätze darin, die die militärischen Kreise in Deutschland verheeren werden, Sätze über die Sicherung der deutschen Grenzen. Das sind die Sätze, mit denen Lloyd-Georges anektiert worden ist, die seit 1914 Europa mit Blut getränkt haben, die Belgien und Kurland anneklieren würden. Das sind Sätze, die Europa wieder in ein Blutbad stürzen werden. Der Kanzler will Männer aus dem Reichstag berufen, damit sie mit der Regierung zusammenarbeiten. Ja, sie werden Männer aus dem Reichstag zu den Kammern berufen, aber das werden nicht Minister, sondern Schreiber sein.

Es ist die Rede eines Mannes, der die militärische Lage im Auge behält. Das sollen sich die Alliierten Rußland, England, Frankreich, Italien und alle anderen merken. Was für eine Art Regierung die Deutschen sich wählen, das geht einzig das deutsche Volk selbst an, aber was wir für eine Regierung vertrauen können, um Frieden mit ihr zu schließen, das ist unsere Sache. Die Rede des deutschen Kanzlers zeigt nach meiner Meinung, daß sie leitenden Stellen in Deutschland augenblicklich für den Krieg entschieden sind.

In jener Rede ist keine Hoffnung für Belgien, es wird nicht einmal erwähnt. Die Ausdrucksweise der Rede ist aber voller Drohungen für Belgien. Sie sichert die deutschen Grenzen. Das bedeutet, daß selbst, wenn die Deutschen Belgien wiederherstellen, die Wiederherstellung Lug und Trug sein wird. Belgien muß ein Volk, nicht ein Schutzgebiet sein.

Deutschland wird finden, daß seine neuen Hoffnungen genau so Einbildungen sind, wie die anderen, die zerfallen sind.

Die U-Boote sollen England kampfunfähig machen. Wegen der U-Boot-Angriffe können wir, nach dem deutschen Kanzler, nicht mehr viel länger aushalten. Nun, ich bedauere, ihm eine Enttäuschung bereiten zu müssen, aber die Wahrscheinlichkeit zwingt mich, es zu tun. Obgleich wir erst drei Wochen des Monats Juli hinter uns haben, so finden wir, wenn wir sie mit den entsprechenden drei Aprilwochen vergleichen, daß wir nicht halb so viel Schiffe verloren haben, wie im April. Dieses Jahr werden wir viermal so viel Schiffe fertigstellen als voriges Jahr. Die verminderten Verluste und die vermehrte Erzeugung werden die Lücke ausfüllen.

Aber sie werden uns aushungern! Sie haben es gesagt! Sie haben ihr darbenes Volk mit derartigen Behauptungen aufgemuntert. Sie sagen, daß wir, weil wir jetzt in Bedrängnis sind, in kurzer Zeit nichts mehr haben werden. Weit entfernt, daß wir verhungern, sind unsere Lebensmittel für 1917/18 bereits gesichert, natürlich bei gehöriger Sparsamkeit.

Aber, sagt Michaelis, Amerika hat seine Arme, und wenn es eine Arme hätte, dann hätte es keine Schiffe, die über Meer zu schiffen. Er nennt Amerika nicht. Er nennt Amerika nicht, so wenig wie die Deutschen England nennen, und die Verfolger, die in den letzten Jahren betreffen. Michaelis, wenn er es erlebt, schmerzliche Erinnerung werden und eine andere Rede halten wird.

Die Rede werden, heißt klarer. Ob ein großer deutscher Journalist hat kürzlich gesagt, daß die Deutschen für die Freiheit und Unabhängigkeit ihres Vaterlandes kämpfen. Das ist einmal, was man sagen kann. Mit diesen ein freies Deutschland vor, was man auch mit einem freien Deutschland Frieden schließen, aber von einem von der Autokratie beherrschten Deutschland können wir keine gar keine Bedingung Frieden schließen. Als sie gegen die die Freiheit verfallen, so können sie nicht für die Freiheit im Osten kämpfen, haben sie einen Vorwand. Und das, was sich ereignet hat, haben sie keinen mehr. Rußland ist nicht nur eine große Demokratie gemacht, die nicht für die Ausdehnung ihres eigenen Gebietes kämpft. Es hat geradezu erklärt, daß es bereit ist, einem Volke, das sich einst unter der russischen Flagge befand, die Freiheit zu gewähren.

Lord George erwähnte dann den Negierungsvertrag in Ostland und fuhr fort: In den kommenden großen Kämpfen im Osten und Westen ist jeder deutsche Soldat willig, daß er für die militärische Autokratie fällt. Andererseits weiß jeder Soldat der Alliierten, daß er sein Leben nicht für die Freiheit und Unabhängigkeit seines Vaterlandes, für die Freiheit und Gerechtigkeit. Und diese wichtige Überzeugung gibt nicht nur, als das Bewußtsein unserer großen, unerschütterlichen Missionen. Ihnen allen den Mut, gibt uns den Mut, bis zum Ende zu kämpfen, da wir es nicht ganz wissen, daß die Zukunft der Menschheit zu erhalten und zu verteidigen, unsere Aufgabe ist.

Lord George hat mit der vollkommenen gestiegenen Autokratie des Ostens sogar verbunden und verbunden sein können. Nicht ist er aber ein so berechtigter „Demokrat“ geworden, daß er mit Deutschland seinen Frieden schließen kann, weil er es für eine Autokratie hält. Das ganze Gebilde seiner Reden ist ein Widerspruch, wenn Deutschland zeigt, daß es keine Autokratie ist.

Wichtig ist der einzige Premier die schwachen Stellen in der Rede des Ministers ausgenutzt, aber in Bezug auf Belgien hat er keine Worte geradezu gesagt. Ueber die Zukunft Belgiens kann nach der Erklärung des Reichstages — die Lord George doch nicht ganz ganz festgehalten zu haben scheint — kein Zweifel mehr bestehen.

Im ganzen vertritt diese Rede nicht mehr die stürmische Sehnsucht nach dem Kriege bis zum Ende, die frühere Ausrufungen des englischen Staatsmanns erfüllt hat.

Der Reichstanzler gegen Lord George

B. T. B. Berlin, 24. Juli. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Lord George hielt in der Londoner Bureaus, an derselben Stelle, wo er am 28. Juli 1906 die Notwendigkeit einer starken Fällung für das durch Frankreichs und Rußlands Uebermacht gefährdete Deutschland anerkennend, eine neue Rede. Der äußere Anlaß war die Forderung der belgischen Unabhängigkeit. Dem Vortrage nach ist die Ansprache aber vor allem eine Erwiderung auf die Reichstagsrede des deutschen Kanzlers vom 19. Juli mit der Einbeziehung treibend, daß der britische Ministerpräsident den ihm unbekanntem Stellen der Kaiserrede verächtlich ausnimmt. Nicht weniger als dreimal will er sie zitiert haben, um irgendwas in ihr zu finden, woraus er Gelegenheit für das Ende des blutigen Kampfes schöpfen könnte. Trotzdem erwähnt er mit keinem Wort, daß der Reichstanzler sich in Übereinstimmung mit der von dem englischen Staatsmann ebenfalls unterzeichneten Resolution der Reichstagspartei klar und deutlich für einen Frieden des Ausgleichs und der Verständigung ausgesprochen hat. Bei der Begrüßung, die Lord George ausbreitet für sich in Anbetracht nimmt, kann das unmögliche Zufall sein. Es bleibt also nur die Erklärung übrig, daß der britische Ministerpräsident seine Forderung der Verständigung will. Im Entschlossen gegen Lord George, der nicht erklärte, daß sich alleinigen kein Rollen spielen, daß England nur an Friedensverhandlungen denken könne, wenn andere Truppen sich hinter den Rhein zurückgezogen haben, nicht doch ferner auch das zum deutlichen Ausdruck der „Berliner Tagung“ am 19. Juni gebrauchte Verhältnis unüberwunden, daß Frankreich sich unter Englands Zustimmung von den Russen durch geheimen Vertrag die Eroberung Elsch-Vertrags, des Saargebietes und der sonstigen ihm erwähnten Teile der Rheinprovinz gelassen hat. Wenn England sich von dem Frieden diese Fortsetzung macht, kann man es freilich begreifen, daß Lord George in der Rede der belgischen Kanzlers den Gedanken von Friedensbereitschaft nicht haben will. Freilich wird aber auch nicht überlassen, da, wo man nach ihm die Möglichkeit hat, das gesamte Verständnis erwaschen, daß der Reichstanzler keine Anmerkungen in seine Worte gemacht, sondern nur belächelndes Behagen erlaube, wenn er behauptet, daß die Erklärung der belgischen Kanzlers ein Friedensschluß eine unerschütterliche Voraussetzung habe.

Demokratie gegen Extente-Demagogie

„Extente-Demagogie“, der Zentralorgan unserer demokratischen Bewegung schreibt am 17. Juli sehr zureichend: Die Partei „Gegen die verabschiedete Demokratie gegen die Autokratie“ hat am 19. Juli nach ihrer Lösung an. Man vergißt, daß der Kampf gegen die Autokratie inzwischen Jahre hindurch verbunden mit dem russischen Terrorismus geführt werden konnte. Selbstverständlich wird der Weltkrieg nicht für demokratische Gewandtheit schärfen. Nicht dafür ging z. B. das nach preußischen Mätker modernisierte Japan mit ebenfalls wenig Rumänien nach Rußland. Der Krieg wird nicht für Ideen, sondern für Interessen geführt. Die Sozialdemokraten haben ständig Deutschlands und Europas Demokratisierung gemüht. Wir können uns aber die Erreichung dieses Zieles nur denken durch einen Verständigungs- und Verständigungskrieg, durch Waffen und Sieg der Demokratie und des Sozialismus in allen Ländern. Im gleichen Augenblick, wo Deutschland demokratisiert wird, wird die Chauvinisten-Rede der Verbündeten verfallen, daß dies nichts zu sagen hat. Der französische Kriegsmilitarist erklärt schon in dem Gefühl, daß eine Propaganda-Partei schwindet. Wir kämpfen nicht für Deutschlands Demokratisierung, sondern für die Rückeroberung Elsch-Vertrags. Das ethnische Frankreich, das angeblich für das Recht der Nationen kämpft, will nichts von einer Volksabstimmung über Elsch-Vertrag wissen. Ebenso bleibt Englands Kriegsmilitarist frei über Propaganda, gegen der „aggressiven Imperialismus“ der Befreiung, Erweiterung und Abnutzung des englischen Imperiums, in erster Linie durch Eroberung der deutschen Kolonien und türkischen Gebiete. — Wieder eine selbständige ausländische Stimme, die die von Deutschland „Unabhängigen“ auf diese bezieht.

Der Freiheitskampf der Entente

Die ausländischen Briefstücken über die letzten Vorgänge im Reichstag haben sich sehr und unüberhörlich. Den besten Schlüssel zu ihrem Verständnis liefert aber, soweit es sich um die belgische Unabhängigkeit handelt, die belgischen Briefstücken. Die belgischen Briefstücken sind ein sehr interessantes Dokument, das die belgische Regierung zu verstehen, in der Meinung der belgischen

Belastungen, die für die demokratischen Kreise gegen die Autokratie kämpfen, auf solche Weise den Hauptkriegsgrund zu nehmen. Die größte Gefahr bei diesem Friedensmanöver liegt darin, daß es nicht ein höherer Ruf ist, sondern ein Ruf der Verzweiflung. Die belgische Unabhängigkeit ist für uns und für die Welt ein so wichtiges Gut, daß es nicht ohne weiteres aufgegeben werden darf. Die belgische Unabhängigkeit ist ein so wichtiges Gut, daß es nicht ohne weiteres aufgegeben werden darf. Die belgische Unabhängigkeit ist ein so wichtiges Gut, daß es nicht ohne weiteres aufgegeben werden darf.

Deutsche Neuordnung

Konservative Maßnahmen

Der überwältigende Reichstagsbeschluss vom deutschen Donnerstag läßt die Konservativen noch nicht zur Ruhe kommen. Ihr Hauptorgan, die „Kreuzzeitung“, sucht deshalb am Sonntag sogar den Monarchen für die volkschädlichen Bestrebungen der Linkspartei auszuspielen. Dieses Vorgehen braucht man nicht tragisch zu nehmen. Es ist aber für die Verlegenheit der nur noch kleinen Partei der unbegrenzten Reaktion und für ihren — Monarchismus bezeichnend. Wie sie sich gegen den Willen des Monarchen, seinen Kanalplänen, entgegensetzte und die Durchführung der früheren Wahlrechtsversprechen verhinderte, so soll Wilhelm II. jetzt das konservative Ansehen mit Krone und Hermelin decken! Diese Zumutung ist allerdings äußerst stark.

Die „Kreuzzeitung“ anerkennt in der Form der üblichen Entrüstung die überragende moralische und parlamentarische Stärke der Sozialdemokratie. Sie schildert Scheidemann als unbeschränkten Diktator in Deutschland und behauptet dann, der Kanzler habe „die unmögliche Friedensformel“ des Reichstages nicht übernommen. Sie fährt fort:

Wir weisen auch an dieser Stelle auf die Erklärung der deutsch-konservativen Fraktion hin, die in knappen Worten die Ziele fest und den Weg weist. Die Fraktion weiß sich darin eins mit der gesamten konservativen Partei, mit den größten und besten Teilen des Volkes und mit dem gesamten Heer.

Nach entscheidener als gegen die Festlegung des Kanzlers, muß gegen die Verhinderung der Verwirklichung der Obersten Heeresleitung für die Resolution Scheidemann-Erzberger in Anspruch zu nehmen. Der Kanzler hat lediglich erklärt, daß die Oberste Heeresleitung mit seinen Erklärungen einverstanden sei, keineswegs aber, daß die Friedensresolution sachlich oder daß die deren Einbringung gebilligt habe. Wie wissen bestimmt, daß das Gegenteil richtig ist, jederzeit die Erfolge des Schwerkes durch diese Resolution zu verhindern zu lassen.

Nach einigen weiteren Ausführungen über die Kriegslage heißt es:

Seit es nicht mehr denn je für uns Konservative, an die Arbeit zu gehen. Unterstützung zu schaffen über das, was der Frieden dem Lande bringen muß, und tiefste Jückerheit hinauszutragen in das Volk.

In dieser Jückerheit können wir uns eins wissen mit der Obersten Heeresleitung, einzig aber auch mit Seiner Majestät dem Kaiser.

Wären im Kriege nimmt eine kleine und sehr ungeliebte Parteigruppe offen und ungeschwehrt den Kaiser, die Oberste Heeresleitung und „das gesamte Heer“ für sich in Anspruch. Sie spielt offen und ungeschwehrt diese drei Faktoren gegen den Reichstag und seine Beschlüsse aus. Nachdem sie bei der Abstimmung im Reichstag rettungslos in der Minderheit geblieben ist, erklärt sie: Was schießt das uns, wir haben ja den obersten Kriegsherrn und die bewährteste Macht hinter uns!

Wem? Spricht alles dafür, daß es sich hier um weiter nichts als um einen Versuch handelt, das eigene schwer beschädigte Fortschritt mit letzten Mitteln der Verzweiflung wider Kraft zu machen. Die schwere Beunruhigung, die damit im Volk getragen ist, wird mit dieser Feststellung aber keineswegs aus der Welt geschafft.

Wenn man die Stimmen der feindlichen Kriegspresse hört, so hört man immer wieder entgegen: „Der Beschluss des Reichstages bedeutet nichts, denn der Reichstag hat nichts zu sagen, er wird von der herrschenden Militärpartei als Luft behandelt.“ Solche anmaßenden konservativen Behauptungen müssen daher die Wirkung des Reichstagsbeschlusses vernichten und das Ansehen des Reiches untergraben, wenn sie, statt von allen Stellen des Reiches zurückgewiesen zu werden, in einem Teil der Presse Bestätigung finden.

Der Reichstagspräsident hat die Ermächtigung erhalten, den Reichstag sofort wieder einzuberufen, falls sich die Notwendigkeit dazu herausstellen sollte. Es könnte sein, daß sich diese Notwendigkeit rascher ergäbe, als man bei der Vertagung des Reichstages meinte hat. Denn Unklarheiten in diesem Punkte kann das Volk nicht betragen aus Gründen der inneren wie der äußeren Politik. (W.)

Im „Berliner Tageblatt“ schreibt Th. Wolff zu dieser konservativen Attende:

Die „Kreuzzeitung“ aber geht noch weiter, sie zupft nicht und löst nicht, sondern sie schlägt alles kurz und klein. Sie spielt wieder die Oberste Heeresleitung — auf der sich Herr Michaelis berufen hat — gegen die Reichstagsbeschlüsse aus. „Wir wollen bestimmt“, ruft sie über die Grenzen hinweg, „daß die Oberste Heeresleitung keineswegs gemäß ist, sondern die Erfolge des Schwerkes durch diese Resolution verhindern zu lassen“, und sie versichert, „auch mit Seiner Majestät dem Kaiser“ wie sie sich „leins“. Lord George, die anderen Ortensminister und die Ortenspublizisten, die den Krieg über den Winter hinaus, bis zum Eintreffen der Amerikaner, verlängern wollen, werden durch diese Erklärung ihres deutschen Heeres aufnehmen, die jeglicher Friedensstimmung ein Ende machen muß. Alle feindlichen Kräfte und Bestrebungen, die hinter der Extente-Rede wirksam werden, sind erstickt und ausgelöscht. Sie sind erstickt und ausgelöscht, wenn der Reichstanzler, Herr Dr. Michaelis, der Verhörer der „Kreuzzeitung“ nicht deutlich widerwärtig. Er will sich, wie er gezeigt hat, die Führung nicht nehmen lassen — nun kann er zeigen, daß er „führt“.

Ministerwechsel

Die „Völkische Ztg.“ schreibt: Man nimmt gegenwärtig an, daß Staatssekretär Dr. Halferich als Vizekanzler nach Konstantinopel gehen wird, doch wird er vielleicht noch einige Wochen in seinem gegenwärtigen Amte verbleiben, um in der Folgezeit als Stellvertreter des Reichstanzlers dem neuen Kanzler Dr. Michaelis in dessen erster Amtszeit zur Seite

zu stehen. Das Ausscheiden des Landwirtschaftsministers Dr. Herrmann von Schölerer und des Kultusministers von Trott zu Solz aus der preussischen Regierung wird uns ebenfalls als eine wichtige Angelegenheit. Als Nachfolger des Herrn von Schölerer wurde Unterstaatssekretär Freiherr von Falkenhayn ernannt, doch glaubt man in parlamentarischen Kreisen, das Landwirtschaftsministerium einem nicht beamteten Herrn übertragen werden wird. Als Nachfolger des Herrn von Trott zu Solz gilt Ministerialdirektor Dr. Schmidt. Die Leitung der Reichskasse wird voraussichtlich der Leiter Reichskasse, Herr von Grävenitz, übernehmen, doch hat noch um einige Bedenklichkeit ersucht. Der im Augenblick nicht Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes dürfte durch den genannten Gesandten in Kopenhagen, Grafen Stockholm, übertragen werden.

Als Ersthelfer des Justizministers nennt das „B. T.“ nationalliberalen Abg. Dr. Schiffer.

Verzögerung der parlamentarischen Minister

Berlin, 24. Juli. Durch die Abreise des Kaisers nach der Ostfront sind, soviel man hört, die endgültigen Entscheidungen über die Personalveränderungen an den obersten Stellen des Reiches und Kreisens aufgeschoben worden. Man dürfte erst nach der Rückkehr des Kaisers erfolgen. — Nachdem „Berliner Tageblatt“ wird sich der Stellenwechsel im preussischen Staatsministerium sogar aller Voraussicht nach gegen Mitte August vollziehen.

Kaiser und Volkvertreter

Bei der Besprechung mit den Reichstagsabgeordneten soll der Kaiser weit mehr als erwartet wurde der parlamentarischen und der Mitverantwortlichkeit des Reichstages zustimmen haben. Mit den Sozialdemokraten sprach der Monarch über Stockholm. Bürgerlichen Abgeordneten fiel auf, wie lange er sich mit unseren Genossen unterhalten hat.

Der „Kriegs- und Friedensrat“

In der Frage der „Parlamentarisierung“ vertritt man wie das „B. T.“ hört, in politischen Kreisen die Auffassung, daß der Weg, den die Regierung zu betreten noch am ehesten geneigt sei, der fortschrittliche Abg. von Bayer gezeigt hat, er in seiner Rede am 19. Juli den Gedanken eines „Kriegs- und Friedensrates“ wieder aufnahm. Dieser „Rat“ soll aus Parlamentariern und Vertretern der Reichsregierung wie der Einzelstaaten zusammengesetzt sein und, unter dem Vorsitz des Reichstanzlers tagend, „auf die kommenden Dinge, schon im ersten Stadium ihrer Entwicklung Einfluß gewinnen, um die deutsche Volk vor unlesbaren Überraschungen bei den Friedensverhandlungen zu sichern.“ Angeblich soll die Vorbereitung für einen solchen „Reichsrat“, auf den man sich darübereinstimmend beschränkt zu wollen scheint, bereits „Gegenstand des Studiums“ bei den Reichstinstanzen sein.

Von einer solchen Einrichtung, die noch obenein nur für die Kriegszeit bestimmt wäre, können wir gar nichts halten. Die Kontrolle und die Mitwirkung an der Regierung muß der Volksvertretung übertragen werden, nicht einem neuen bürokratisch-parlamentarischen Kollegium, durch dessen Entstehung die Bedeutung des Reichstages nicht vermehrt, sondern vermindert werden würde.

Kriegsnachrichten

4 671 000 U-Tonnen

Im Juni allein 1 016 000 U-Tonnen

Berlin, 21. Juli. Amtlich. Nach endgültiger Feststellung sind im Monat Juni an Handelschiffen insgesamt 1 016 000 Brutto-Register-Tonnen durch Kriegshandlungen der Mittelmächte vernichtet worden.

An diesen Erfolgen waren in hervorragender Weise beteiligt die U-Boots-Kommandanten: Kapitänleutnant Wünsche, Wilhelm Adam, v. Bothmer, Fortmann, Wähler, Wiegel, E. u. E. Linie, Kapitänleutnant Janko Huber, Oberleutnant zur See Fürtlinger, Boigt (Griff), Nowaldt. Einen guten Anteil daran haben auch die Kommandanten unserer U-Boote, die unter besonders schwierigen Verhältnissen und bei stärkster feindlicher Gegenwirkung gearbeitet hatten, und deren Tätigkeit daher besonders hervorgehoben zu werden verdient.

Seit Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges sind mit den Juni-Erfolgen insgesamt 4 671 000 Brutto-Register-Tonnen des für unsere Feinde nützlichen Handelschifferraumes verlenkt worden. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Um England neue 25 000 U-Tonnen

Berlin, 24. Juli. Amtlich. Neue U-Booterfolge in Sperrgebieten um England: 25 000 Brutto-Register-Tonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich zwei große belgische, aus Geleitzügen herausgeschlossene Frachtdampfer. Eines der versenkten Fahrzeuge hatte Petroleum geladen. Die Ladungen der übrigen Schiffe konnten nicht festgestellt werden. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Neue deutsche U-Boote

Bern, 24. Juli. „Liberte“ schreibt zum U-Bootkrieg, die neuen großen U-Boote, die Deutschland jetzt in den Dienst zu stellen beabsichtigt, bedeuten eine ernsthafte Gefahr für die Entente. Das Gepräge des U-Bootkrieges werde dadurch vollkommen verändert. Man müsse hoffen, daß die Entente Gegenmaßnahmen plane.

Um Englands Seeherrschaft

B. T. B. Bern, 24. Juli. „Daily Telegraph“ schreibt in einem „Höchste Krise“ überschriebenen Leitartikel vom 26. Juli: Wenn der vom Feinde unter Beiseiteziehung aller einschneidenden Kriegsnormen geführte Aufreißungskrieg erfolgreich sein sollte, würde Deutschland eines kolossalen Sieges zu Wasser und zu Lande sicher sein. Nichts, was wir und unsere Verbündeten zu tun vermöchten, könnte ihm diesen Triumph nehmen. Wir verloren in den letzten 21 Wochen durch Seeräuberei nicht weniger als 413 große für unsere militärischen und wirtschaftlichen Maßnahmen unumgänglich notwendige Schiffe, dazu 157 kleinere Fahrzeuge, zusammen 570 Handelsschiffe. Bekümmert ließ das Tempo der Verluste einmal nach, der Ausblick aber bleibt ernst, wie jeder, der mit unserer Abhängigkeit vom Seetransport vertraut ist, anerkennen muß. Die Zeitung fragt, ob das Land und besonders die Arbeiterchaft sich

So leben wir

Das deutsche Volk macht in diesen Monaten eine schwere Zeit der Not und Entbehrung durch. Die Kartoffel ist seit langem vom Mittagstisch verschwunden. Obst ist in diesen Tagen der Obsterte fast nicht erhältlich. Stundenlang reihen sich die Hausfrauen auf den Marktplätzen an, um für schweres Geld etwas Gemüse zu erwerben. Unter großen Rosen und im ständigen Kampf mit Gendarmen gelingt es wenigen Mutigen, sich auf dem Land etwas Nahrungsmittel einzuschmuggeln. Die Not der Zeit bedrückt wohl jeden von uns, daß wir es nicht notwendig haben, noch näher darauf einzugehen.

Aber nicht alle Leute unseres Vaterlandes leben in solchen schwierigen Verhältnissen. Eine kleine Schicht hat sich im Kriege große Reichtümer „erarbeitet“. Wir haben es ja hier in nächster Nähe erlebt, daß solche Kriegsgewinnler, die durch wucherischen Handel Hunderttausende verdient haben, sich alsdann Rittergüter kauften. Selbstverständlich müssen sich solche Leute auch von ihren „Strapazen“ erholen und dazu bieten ihnen die großen Wälder Gelegenheit. Dort bleiben sie auch von den Nahrungsvorsorgen der breiten Massen verschont.

Unser Kölner Parteiblatt hat sich der Mühe unterzogen, urkundlich an der Hand der Speisarten festzustellen, was solchen Erholungsbedürftigen für schweres Geld an Speisen noch geboten wird. Wir geben nachstehend eine Speisefarte vom 18. Juni aus Bad Königsminter wieder:

Ein bescheidenes Mittagessen:

Jägerjuppe	1,—	Mark
Gelochte Rinderbrust, Gurkensalat, Kräuterkartoffeln	5,50	„
Kalter Spargel, Essig u. Dillvine	3,—	„
Rohwurstfleisch mit Nudeln	5,50	„
Kamembertkäse	2,—	„

Man kann sich also für die Kleinigkeit von 17 Mk. leidlich satt essen. Auch am Abend braucht man keineswegs zu darben. Es gibt als Abendbrot:

Fisch in Muschel, weiß überbrüht	1,50	Mark
Bachforelle auf Märlerrind 6,— bis 10,—		„
Kaltes Fleisch mit gemischtem Salat	5,50	„
Sauerbraten mit neuen Karotten	5,50	„
Zunge gefüllte Mastgans (ohne Preisangabe)		„
Gefrorenes	2,—	„

Wenn diese Abwechslung nicht genügt, der hat die Wahl in weitern Speisen. Es gibt dann noch besondere Suppen, Fisch, Fleisch, Gemüsegemische, Nachtisch, und andere Kleinigkeiten.

Daß auch die Weinarte eine große Auswahl in ausserlesenen Sorten Weinen aufweist ist verständlich. Ebenfalls daß die Preise dafür bis auf 115 Mk. pro Flasche steigen.

Ähnliche Nachrichten kommen aus allen Orten mit Fremdenverkehr. Vielfache Klagen gehen uns z. B. auch aus P o p o t zu. Hier werden meistens die Waren, die die Bauern zum Markt bringen und dort an die Einwohner verkaufen sollen, im großen von den Restaurants und Pensionaten aufgekauft, so daß für die einheimische Bevölkerung fast nichts übrig bleibt. In einem Eingangs der Danz. Ztg. wandte sich ein hiesiger Bürger schon vor Monaten dagegen, daß die fremden Kurgäste auf Kosten der einheimischen Bewohner mit Lebensmitteln versorgt werden. Ein Erfolg ist nicht zu erkennen.

Mehr Brot, weniger Fleisch

Das Kriegsministerium zu Berlin gibt bekannt: Mitte August 1917 wird die allgemeine Rationierung an Mehl für die Versorgungsberechtigten von 170 Gramm auf 200 Gramm täglich erhöht (vor dem 15. April 1917 betrug die allgemeine Rationierung 200 Gramm, während weitere 20 Gramm in Strectmitteln, soweit solche zur Verfügung standen, gegeben wurden). Den Wochentag des Eintritts der Änderung bestimmen die Kommunen entsprechend ihrer Versorgungswoche.

Von demselben Zeitpunkt ab kommt die seit Mitte April 1917 gewährte verbilligte Fleischzulage von wöchentlich 250 Gramm wieder in Fortfall.

Für die Bemessung der Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen und des Mehlerlasses für fehlende Kartoffeln bleiben die zurzeit bestehenden Bestimmungen unverändert.

Anfang Oktober 1917 ist auf Grund der bis dahin vorzunehmenden Ernteschätzung und Wechszählung die zu verbleibende Kopfmenge an Mehl, Fleisch und Kartoffeln erneut anzusetzen. — Die den Getreideselbstversorgern zustehende Menge an Brotgetreide ist durch Beschluß des Bundesrats vom 1. August ab auf den bis zum 15. April in Geltung gewesenen Satz von 9 Kilogramm monatlich wieder erhöht worden.

In Danzig wird die billige Fleischzulage wahrscheinlich nach dem 8. August in Fortfall kommen.

Die Versorgung der Städte mit Gemüse

Bisher derart ungenügend ausgefallen, daß der Vorstand des Städtetages an das Kriegsernährungsamt die Aufforderung richtete, möglichst bald die Maßregeln ins Werk zu setzen, welche Potodt mit dem Nahrungsmittelanschluß des Städtetages betrie in dessen letzter Sitzung einig geworden war und welche neben der Beseitigung aller inneren Verkehrsbeschränkungen darauf hinausgehen, daß die Vorräte an Obst und Gemüse in den wichtigsten Erzeugungsgebieten von der Reichsstelle kräftiger als bisher ersetzt werden. Außerdem bittet der Vorstand die Erfüllung der von den Städten abgeschlossenen Lieferungsverträge mit allen der öffentlichen Gewalt zustehenden Mitteln, auch durch Strafandrohung, herbeizuführen.

Gemüse und Obst.

Der Städtische Großmarkt teilt der bürgerlichen Danziger Presse mit, daß er nicht in der Lage sei, die Kleinverkaufsstellen zu vermehren, wie recht häufig mündliche und schriftliche Anfragen wünschen. Die Vermehrung sei undurchführbar, weil die verfügbaren Mengen an Obst und Gemüse nicht einmal ausreichen, um die vorhandenen Verkaufsstellen regelmäßig und dauernd mit Gemüse und Obst zu versorgen.

Der Städtische Großmarkt hat sich aber doch zu einer kritischen Tat aufgeschwungen. Er hat nämlich, wie er weiter mitteilt, veranlaßt, daß der Fernsprechverkehr des Publikums mit den Kleinverkaufsstellen von sofort her eingestellt wird, weil der Fernsprecher dauernd und in einem Maße zu Anfragen und unzulässigen Vorbestellungen benutzt worden ist, und das Verkaufspersonal dadurch in erheblichem Maße in Anspruch genommen wird. Das wird

groß ein schwacher Trost für diejenigen sein, die keinen Fernsprechanschluß haben und daher gezwungen sind, sich stundenlang anzustellen um Gemüse und Obst zu erhalten und die beim Eintritt in den Laden zu ihrem Schrecken erfahren, daß die gewünschte Ware „gerade ausverkauft“ ist.

Von den Märkten.

In voriger Nummer brachten wir über die Marktwertehältnisse einen Artikel, in dessen vorletzten Absatz sich ein Fehler eingeschlichen hat. In der zweiten Zeile muß es heißen statt „z. B.“: Jedoch am Dienstag auf dem Langfuhrer Markt genügte sie. Nämlich die Zeit der Schulleute.

Der Langfuhrer Markt am Freitag war besser als erwartet beschickt. Wenn auch das Angebot die Nachfrage nicht befriedigen konnte, war doch das Wiedererscheinen einiger Gemüsebauern zu begrüßen. Die begehrtesten Gemüsearten blieben natürlich Kohlrabi, Erbsen und Möhrrüben. Bei letzteren machte das Gewicht des Krautes 4—5 Zehntel aus, so daß sie auch Kraut mit Rüben genannt wurden. Jedenfalls verteuert das Kraut die Möhrrübe bedeutend.

Am Sonnabend verlegte ein starkes Polizeiaufgebot den Gemüseverkauf des Zentralmarktes an die Kirchenmauer. Längs derselben waren die Stände der Gemüsebauern, doch fehlten feste Tische und Geländer. Daher hatten auch die Polizeibeamten andauernd zu tun, das nicht angereizte Publikum von den Ständen fern zu halten. Auch hier konnte der Bedarf nicht gedeckt werden, viele leere Taschen mußten wieder nach Hause getragen werden.

Der Dienstagmarkt in Langfuhrer wies vier Wagen mit Gemüse auf. Hier kam auch eine kleine Menge Stachelbeeren und Birnen zum Verkauf.

Am Mittwoch traf fast keine Ware ein. Frauen hatten sich aufgestellt, doch warteten sie vergebens. Selbst die Dampfer brachten nur ein geringes Quantum Möhren auf den Fischmarkt. Gewissermaßen als Ersatz gab es eine geringe Menge Aale, die, in guter Qualität, glatten Absatz fanden.

Auf allen Märkten waren Salate, Sauerampfer, Menge, Tees zu haben. In größeren Mengen wurden auch gelbe Möhrrüben, Mairüben und Gurten verkauft. Blumenkohl kostete 20 Pf. bis 1 Mk. per Kopf. Zwiebeln gab es schon trocken und in guten Sorten. Die Kirchenzufuhr hatte nachgelassen. Blaubeeren wurden sehr gesucht; es war ein trasses Mißverhältnis: fast tausend Personen und nur 3—5 Körbe voll zur Verfügung. Der Durchschnittspreis für Tomaten war noch 1,50 Mk.

An Fleischwaren gab es Hühner und Kaninchen. Während die Preise für Hühner so ungefähr bekannt waren, zeigten die Preise für die Langohren keine Bestimmtheit. Da wurde willkürlich verlangt 1—2,50 Mk. per Stück für ziemlich gleiche Größe, dann bei größerer 16, 22, 25 Mk., und dabei kannten die Verkäufer gar nicht das Gewicht ihrer Tiere. Seltenheit war, daß ein Fächter verkaufte, der denn auch bestimmte Maße festhielt.

Im ganzen befriedigten die Märkte nicht. Die Zufuhr war gering. In nächster Woche dürften die Kartoffeln ihren Einzug halten.

Selbstverantwortung für gute Ware.

Eine Händlerin kann sich nicht darauf berufen, daß sie selber verdorbene Ware erhalten habe. Die Obsthändlerin Grandlich wurde vom Schöffengericht verurteilt, weil sie verdorbene Möhrrüben verkauft hatte und sie legte gegen das Urteil Berufung ein. Am 15. März verkaufte sie in ihrem Laden in Danzig, Maktauschegasse, ein Pfund Möhrrüben zum Preise von 40 Pf. Die Käuferin bemerkte, daß die Möhrrüben zum Teil verkauft und erfroren waren und wollte die Ware zurückgeben. Die Angeklagte verweigerte aber die Zurücknahme. Es erfolgte Anzeige. Die Angeklagte erklärte nun, sie habe am gleichen Tage diese Ware in diesem Zustande vom städtischen Großmarkt gekauft und die Ware dort gleichfalls beanstandet. Der Leiter des Großmarkts habe ihr aber erklärt, sie solle die Ware in diesem Zustand weiter verkaufen. Das habe sie getan. Der Leiter des Großmarkts beklagte aber als Zeuge, daß er gesagt habe, die Angeklagte möge mit der Ware machen, was sie wolle. Und als Zeuge sagte er: Es sei Sache der Händlerin, die Ware so zuzubereiten, daß sie einwandfrei ist. (Der Leiter des Großmarkts hätte der Händlerin zeigen sollen, wie aus zum Teil verdorbenen Möhrrüben einwandfreie zubereitet werden können. Vielleicht holt er das Veräurteilt nach. Er würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn das Verfahren allgemein bekannt würde. R. B.) Nach dem Gutachten des Sachverständigen waren die Möhrrüben zum Teil verdorben. Das Berufsgericht sah hier nicht einen Betrug für vorliegend, sondern nur ein Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz, indem verdorbene Nahrungsmittel verkauft worden sind. Die Verurteilung des Schöffengerichts wurde aufrecht erhalten.

Ruhgärten vor dem Hohen Tor.

Vor dem Hohen Tore sahen wir in früheren Jahren lange Zeit hindurch ödes Land. Damal folgten Rasenflächen und jetzt sehen wir dort üppigen Gartenbau. — Blühende Kartoffelparzellen und Gemüsebeete sind zu sehen und dazwischen fleißige Menschen, die mit stiller Sorge und Freude das Wachstum auf ihrer „eigenen Scholle“ beobachten und die Pflanzen pflegen. Nichts von Totenstille. Leben ist da.

Was ist nun schöner, die tote Rasenfläche oder die belebten Ruhgärten? Um die Frage zu beantworten, möge man sich zuvor von allen Vorurteilen frei machen und alles Herkömmliche auf diesem Gebiet ablegen. Warum soll denn das glatt rasierte Grasfeld durchaus schöner sein, wie das natürlich und üppig wachsende Kartoffelfeld? Ist das Natürliche und Freie nicht schöner, wie das Gekünstelte und Unfreie? Die volle Schönheit der Natur vermag bei einem Grasfeld, das da wächst, blüht und Samen trägt, zum Ausdruck kommen, aber bei dieser nutzlosen Schaffschur sicher nicht. Ebenso kommt bei einem frei wachsenden Kartoffelfeld die Natur zu ihrer vollen Entfaltung. Wenn man also die jetzigen Ruhgärten schöner findet, wie die kurzen Rasenflächen, so stehen einem gute Gründe zur Seite.

Aber darf die Schönheit allein überhaupt entscheiden, oder auch nur oberan stehen? Geht die Frage der Nützlichkeit

nicht voran. Früher durfte man solche Fragen nicht stellen, ohne auf eine entrüstete Antwort gefaßt sein zu müssen, aber jetzt und noch für längere Zeit, darf man es. Unbedingt geht die Nützlichkeit voran. Und dann sollte man alles verfügbare Gelände für Ruhgärten und möglichst Baugärten zur Verfügung stellen. Man muß wieder lernen Freude zu empfinden an Menschen, die in ihren Gärten arbeiten und sich an ihrer Arbeit erfreuen. Zurück zur Natur!

In der städtischen Speisekammer (116 Wallgasse) kam es am Dienstag vorigen Woche zu ersten Auseinandersetzungen. Dabei wurde leider auch das Personal in Mitleidenschaft gezogen, obwohl es an den Zuständen, die den häufig beklagten Beschwerden zugrunde liegen, ganz unschuldig ist. Auch die Leiterin des Betriebes, Genossin Käthe Leu, blieb persönlich vor den höchsten unlesbaren Vorkommissionen nicht verschont.

Zum Parteitag in Würzburg

Nahmen am Donnerstag den 19. Juli die Danziger Parteigenossen Stellung. Sellin führte einleitend aus: Der Parteitag wird sich in erster Linie mit der Frage unserer zukünftigen Tätigkeit zu beschäftigen haben. Die Behandlung der kommenden Probleme auf dem Gebiete der Politik, Volkswirtschaft und des Finanzwesens dürften das größte Interesse beanspruchen. Daneben wird die Frage der Kriegspolitik der Partei und die Abklärung der „Unabhängigen“ lebhafteste Debatten hervorrufen. Auch die Friedenspolitik und die Ernährungsschwierigkeiten werden den Parteitag beschäftigen. Die innerpolitische Krise der letzten Tage, die jetzt ihrer Lösung entgegengeht, wird auch auf dem Parteitag und dessen Verhandlungen einwirken. Die preußische Wahlrechtsfrage dürfte als gelöst gelten. Damit sind wir einen gewaltigen Schritt vorwärts gekommen.

Geht näher auf die Tagesordnung des Parteitages ein. Das Interesse wird sich um zwei Punkte gruppieren: Den Bericht der Reichstagsfraktion und das Referat Scheidemanns. Im Parteiausschuß traten bei der Beratung der Tagesordnung Meinungsverschiedenheiten auf, doch wurde die vom Vorstand vorgeschlagene Reihenfolge beibehalten. Redner betrachtet die Wahlrechtsfrage noch nicht als gelöst, bereits einmal wurde uns das freie Wahlrecht versprochen. Falls das Abgeordnetenhaus eine Vorlage der Regierung in dieser Angelegenheit ablehnt, muß zur Aufhebung der Verordnung vom Jahre 1849 geschritten werden, oder der Reichstag muß die Frage für alle Bundesstaaten durch ein Reichsgesetz erledigen.

Mit dem Wahlrecht ist die Frage der Demokratisierung noch nicht erledigt. Wir verlangen die Parlamentarisierung unseres ganzen politischen Lebens. Geht dann näher auf die Antrittsrede des neuen Kanzlers ein, die ein Schritt vorwärts — besonders auf dem Wege zum Frieden — sei, aber doch nicht voll befriedigend könne. Da heißt es für uns: auf dem Posten sein.

Als nächster Redner sprach Bü h r i g : Im Vordergrund des Interesses steht die Friedensfrage. Durch den heutigen Beschluß des Reichstages und die ihm zustimmende Rede des Reichskanzlers ist ein großes Hindernis aus dem Wege geräumt. Der heutige Tag war ein Sieg der sozialdemokratischen Friedenspolitik. Auch der Demokratisierung unseres politischen Lebens sind wir in den letzten Tagen näher gekommen. Wir verlangen nach wie vor das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für beiderlei Geschlecht nach Vollendung des 20. Lebensjahres. Er ersuchte, an den Parteitag einen diesbezüglichen Antrag zu stellen.

K r a h n wünschte, daß an der vor dem Kriege gepflegten Politik festgehalten wird. Jetzt endlich nimmt die so oft versprochene Neuorientierung festere Gestalt an. Wir dürfen uns nicht mit dem freien Landtagswahlrecht begnügen. Auch das Kommunalwahlrecht bedarf dringend der Aenderung. Er wendet sich gegen den Gedanken des Ministerialismus, der jetzt in Parteifreier erörtert wird. Es müsse versucht werden, mit den Unabhängigen zu einer Verständigung zu kommen. Auf die Rede des Reichstagskanzlers dürfen wir keine übertriebenen Hoffnungen setzen. Bedauerlicher Weise hat es Michaelis abgelehnt, abermals ein Friedensangebot zu machen. Berend hält die Auffassung Sellins für zu optimistisch. Jedlich tritt für ein Mehrstimmrecht ein; etwas derartiges darf es auf keinen Fall geben. Die Danziger Neuesten Nachrichten meinen, die Regierung brauchte sich um die Beschlüsse der Mehrheit des Reichstages nicht zu kümmern, wenn sie ihr nicht wehret. Wenn die Regierung dieses auch glaube, die deutschen Arbeiter wären anderer Ansicht. Die Regierung wird versuchen, einen Frieden auf Grund der militärischen Lage zu schließen. Wir müssen mit aller Kraft für einen Verständigungsfrieden wirken. Redner spricht sich gleichfalls gegen die Uebernahme eines Ministerpostens aus. Lo o p s äußerte sich über die Frage des Ministerialismus ausführlicher. Wir dürfen uns nicht nach Frankreich und England richten, sondern müssen die jetzigen Verhältnisse in Russland betrachten. Gerade wie dort, so kann es auch bei uns der Fall eintreten, daß wir in die Regierung einziehen müssen. Er verweist auf den Wandel der Anschauungen in anderen Fragen taktischer Natur. Wenn es uns gelingt, uns auf ein gemeinsames Reformprogramm mit großzügigen Gesichtspunkten mit der bürgerlichen Linken zu einigen, dann steht der Uebernahme eines Ministerpostens durch einen oder mehrere unserer Genossen nichts im Wege. Wir können nicht grundsätzlich ja oder nein sagen, sondern müssen je nach der Situation entscheiden. Als Sündenbock oder Arbeitstier — wie es z. B. in Oesterreich beabsichtigt war — darf keiner unserer Genossen dienen.

Vom Genossen K r a h n ist ein Antrag folgenden Wortlauts eingelaufen:

„Der Parteitag beauftragt den Parteiausschuß, zu gegebener Zeit Einigungsverhandlungen mit den „Unabhängigen“ einzuleiten.“

Gegen diesen Antrag wird geltend gemacht, daß die Zeit hierfür noch nicht gekommen sei. Nachdem noch einige Genossen für und gegen den Ministerialismus gesprochen, erfolgt Schluß der Debatte. Der von Bü h r i g eingebrachte Wahlrechtsantrag wird abgelehnt. Der Antrag Krahn dagegen angenommen.

Zur Frage der Delegation wird nach längerer Debatte beschlossen, dem von Danzig-Stadt gewählten Genossen aus finanziellen Gründen auch das Mandat für Danzig-Stadt zu übertragen.

Helfer für den kriegswirtschaftlichen Bedarf. Zur Verwendung bei Militärbehörden und Volkswirtschaften im Bezirk der 8. Inspektion 8 in Ulm werden von der Kriegswirtschaftlichen Dienststelle (Hilfsdienstpflichtige) für eine Reihe von Beschäftigungsarten gesucht. Näheres ist aus der Bekanntmachung im Anzeigenteil zu erfahren.

Stadttheater

Als 2. Kapellmeister und Chordirektor wurde Herr Karl Pitt vom Stadttheater in Elberfeld, welcher zurzeit das Kurorchestr in Bad Reuenahr leitet, verpflichtet — Für die Oper wurden außer den bereits angegebenen Kräften, noch die Damen Magda Wimmewisser, Solopräsängerin (Berlin), Thelma Oertgen, jugendliche Sängerin (Dresden) und Käthe Handwerk, Opernsoubrette (Stralund), sowie Herr Mathias Birneburg, Operettenbuffo (Baden-Baden); im Schauspiel: die Damen Margarete Stöckhausen, jugendliche Heldin (Düsseldorf), Gertrud Renner, muntere Liebhaberin und Salonbame (Bremenhaven), Anne-Marie Westphal, Rein-Sentimentale (Ostfriesland), die Herren Erich Klopff, Held und Liebhaber (Münster), Leonhard Hauser, jugendlicher Held und Liebhaber (Münster), Arthur Schwall, jugendlicher Liebhaber und Komiker (Heidelberg), Ferdinand Walden, Väter und Charakterrollen (Elbing), Hans Viebes, Komiker und Chorgesänger (Hofen), verpflichtet.

Das Provinzial-Museum

gab in diesen Tagen seinen ersten Verwaltungsbericht heraus, der die Zeit von 1913 bis 1917 umfaßt. Unter Direktor Dr. Seder hat es sich auch während des Krieges günstig entwickelt. Der Wertzuwachs der Sammlungen in der genannten Zeit stellt sich auf 87.000 Mk. Die Besucherzahl betrug nach der Neuordnung durchschnittlich 1200 Personen monatlich. Ein Besuch des Provinzial-Museums ist lohnend und sehr zu empfehlen.

Zeichen der Zeit

Die Not des Krieges hat Verhältnisse geschaffen, die man in der Friedenszeit nur aus den Chroniken alter Zeiten kennt. So wird jetzt überall geklagt, daß die Eigentumsverhältnisse in erschreckender Weise zunehmen. Die Täter sind selbstverständlich keine „geborenen Verbrecher“. Die wirtschaftlichen Nöte machen solche Vorkommnisse erklärlich. Welche tragischen Folgen solche Taten jedoch haben können, zeigt ein Beispiel, das sich am 19. Juli in Schellmühl ereignete. Hier beorg die Frau eines Eisenbahnheizers mit ihrer erwachsenen Tochter einen Selbstmordversuch, indem sie sich mit einem Messer die Pulsadern durchschnitt. Sie wurden in einem Krankenhause in einer großen Wunde aufgefunden und ins Krankenhaus geschafft. Der Grund zu der unglückseligen Tat war, daß die Familie in dem Verdacht stand, einem andern Eisenbahnbeamten eine Ziege entwendet und für den eigenen Verbrauch geschlachtet zu haben.

Einzahlung der Zweimarkstücke. Die Bundesratsverordnung über die Außerkurssetzung der Zweimarkstücke sagt, daß Zweimarkstücke vom 1. Januar 1918 ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel gelten. Bis zum 1. Juli 1918 werden indes Zweimarkstücke bei den Reichs- und Landesstellen zu ihrem gesetzlichen Wert voll in Zahlung genommen, wie auch gegen andere Zahlungsmittel umgetauscht.

Das Verbot des Photographierens am Strande ist in der letzten Zeit häufig übertreten worden, sodaß Veranlassung gegeben ist, darauf hinzuweisen, daß Zuwiderhandlungen nicht nur die Beschlagnahme von Apparaten und Platten, sondern auch nach Lage des Falles mehr oder weniger schwere Bestrafung zu gewärtigen haben.

Es ist nicht nur das Photographieren, sondern auch das Mitführen von Lichtbildapparaten auf Wasserfahrten, am Strande und in den Küstengebieten verboten und strafbar.

Die Kriegshilfe für Danzig

veranstaltet am Sonntag den 5. August im Gutenberghain eine größere Feier. Am 1. August hält der bekannte Militärhistoriker Major a. D. Morab in der Sporthalle einen Vortrag über die Kriegslage. Näheres siehe im Anzeigenteil dieser Nummer.

Im Bürgergarten (Börse, Steppbahn) findet am Sonntag nachmittag ein Gartenkonzert statt. Der Garten bietet mit seinem schönen, schönen Baumbestand und seinem schattigen Saub gerade in diesen schönen Sommertagen angenehmen Familienaufenthalt. Wer einige angenehme Stunden im Freien erleben will, ist der Besuch des Konzerts nur zu empfehlen.

Aus Westpreußen

Die Landarbeiter-Verbände

haben Stellung zur Kriegswirtschaft. Die Landarbeiter-Verbände, und zwar der Deutsche Landarbeiter-Bund (freie Gewerkschaft), der Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter (christliche Gewerkschaft) und die Landarbeiter-Gruppe der Bauernvereine (Hilfsdienstpflichtige) trafen am 8. Juli in Berlin im Lehrerseminar eine Konferenz ab, die sich mit den Beschwerden der Landarbeiter wegen Nichtbeachtung der Arbeitsinteressen in der Kriegswirtschaft beschäftigte.

Zweifellos waren 27 Vertreter der Landarbeiterverbände, darunter über die Hälfte praktisch tätige Landarbeiter. Seitens des Kriegswirtschaftlichen Ausschusses waren Herr Hauptmann Künze und Herr Alexander Schell an den Verhandlungen teil. Die Generalkommission der Gewerkschaften Westpreußens war durch Reichstagsabgeordneten Bauer vertreten.

Ergebnis: Die Verhandlungen wurden durch einen Beitrag von Herrn Schmidt, Vorsitzender des Deutschen Landarbeiter-Bundes, der ein reichliches Sachverständigenmaterial bot. Bei allen Besprechungen über landwirtschaftliche Angelegenheiten wurde im allgemeinen nur der Arbeitgeberstand berücksichtigt. Es mußte gefordert werden, daß bei beschwerdlichen Verhandlungen der Erfolg von Verhandlungen auch Vertreter der Landarbeiterverbände hinzugezogen werden. Die weiteren Klagen betrafen den Arbeitszwang, der durch Bestimmungen der General-Kommandos in der Landwirtschaft eingeführt ist und die Arbeitslosigkeit sehr stark erhöht. Es wird auch betont, daß der Arbeitsmangel in der Landwirtschaft in dem Maße vorhanden sei, wie er von den Vertretern der Arbeitgeber immer betont wurde. Ganz besonders tritt dies auf die großen Güter zu. Es wurden Fälle angegeben, wo deutsche Arbeiter entlassen wurden, weil Kriegsgefangene verfügbar sind. Auch die Vertreter des christlichen und katholischen Bundes des Reiches bestanden die größtenteils landwirtschaftlichen, die noch vielfach durch Eingaben ergänzt wurden.

Reichstagsabgeordneter Bauer, der sich an der Aussprache beteiligte, sagte, es sei sehr zu bedauern, daß die hier vorgetragenen Klagen nicht vor einem größeren Kreise vorgebracht würden. Bis jetzt habe man nur die Klagen der Arbeitgeber gehört, aber nicht die der Landarbeiter, die das direkte Gegenteil der Behauptungen der Arbeitgeber darstellen.

Als Abschluß der Verhandlungen wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der insbesondere betont wird, daß die Landarbeiter mit allen Kräften die landwirtschaftliche Produktion fördern wollen; jedoch müßten vor Erlaß von Bestimmungen, die die Arbeiter betreffen, Vertreter der organisierten Landarbeiterschaft gehört werden. Besonders müßten zu den Kriegswirtschaftsämtern Vertreter der Landarbeiterverbände hinzugezogen werden. Die Einführung des Arbeitszwanges und die Einschränkung der Freizügigkeit sei nicht angebracht. Damit würden nur einzelne Arbeiter durch Strafen bestraft und Erleichterung unter die Landarbeiterschaft getragen. Durch Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer würde mehr erreicht, wie praktische Erfahrungen bestätigen. Ferner wird Vereinfachung gefordert. Bei Überführung gewerblicher Arbeiter zur landwirtschaftlichen Tätigkeit seien die Landarbeiterverbände zur Mitarbeit bereit, wenn die Arbeiterinteressen entsprechend beachtet werden. Kriegsgefangene dürften nur dort beschäftigt werden, wo tatsächlich Arbeitsmangel vorhanden sei.

Der Vertreter des Kriegswirtschaftlichen Ausschusses konnte natürlich bestimmte Erklärungen zu den vorgetragenen Beschwerden nicht abgeben. Er versicherte aber, daß er das Vorgetragene den maßgebenden Stellen ausführlich berichten werde.

Die armen und die reichen Leute in den Kreisen des Regierungsbezirks Danzig

Bisher wurde Amerika als das Land der unbegrenzten Möglichkeiten bezeichnet. Der Krieg hat aber gelehrt, daß diese Bezeichnung auch auf Deutschland angewendet werden kann. Das zeigen nicht nur die Taten an der Front, sondern auch die Ereignisse im Innern des Landes. Zwei Dinge treten da besonders hervor, die Aufbringung der vielen Kriegsmilliarden und das lange Ertragen der Teuerung aller Lebensbedürfnisse. Beides erscheint um so wunderbarer, als die reichen Leute recht dünn gesät sind und die Zahl der Leute, die sich mit einem Einkommen bis zu 900 Mk. begnügen müssen, recht groß ist. Das geht aus der nachfolgenden Zusammenstellung hervor, die das Jahr 1914 zugrunde gelegt wurde. Dabei sei ausdrücklich bemerkt, daß die Zahl der Leute mit dem niedrigsten Einkommen während des Krieges zugenommen hat, die der Leute mit höherem Einkommen aber gesunken ist. Die einzelnen Zahlenreihen bedeuten:

- A) Gesamtbevölkerung nach der Personenstandsaufnahme für 1914.
- B) Davon waren zur Steuer veranlagt:
- C) Davon hatten ein Einkommen bis zu 900 Mk.
- D) Einkommen bis zu 3000 Mk.
- E) Einkommen bis zu 6500 Mk.
- F) Einkommen bis zu 9500 Mk.
- G) Einkommen über 9500 Mk.

Die Zahlenreihen B—G sind abgerundet.

Kreis:	A	B	C	D	E	F	G
Elbing Stadt	67 018	29 000	13 230	13 980	1360	350	170
Elbing Land	32 802	11 000	7 580	3 070	500	30	20
Marienburg	62 825	24 000	15 410	7 200	1080	240	70
Danzig Stadt	182 084	92 000	47 190	36 710	5520	1660	920
Danzig Niederung	36 145	12 000	8 280	3 510	180	20	10
Danzig Höhe	55 531	18 000	11 010	6 100	680	140	70
Dirschau	43 741	14 000	8 290	4 770	690	170	80
Er. Starogard	66 861	19 000	12 550	5 850	480	80	40
Berent	54 995	13 000	8 230	4 290	380	70	30
Karthaus	68 203	15 000	8 300	6 330	300	50	30
Neufeld	64 209	20 000	10 720	7 160	1480	430	200
Buzig	26 660	7 000	5 090	1 680	180	40	10

Der Ernährungsausschuß für Ohra

tagte am Mittwoch, den 25. Juli. Es wurde Klage geführt über die schlechte Beschaffenheit der Butter. Sie ist wenig durchgearbeitet und enthält viel Wasser. Dadurch hatte die Gemeinde Ohra in einem Vierteljahr einen Verlust von 246 Pfund Butter. In Zukunft erhalten auch die Schwerstarbeiter, die in Ohra beschäftigt sind, den Butterzuschlag.

Ein m a c h e z u e r wird auf Abschnitt 12 der Lebensmittelkarte und nur an solche, die ihren Bedarf angemeldet haben, verteilt werden. Auf den Kopf entfallen etwa 1 1/4 Pfund Zucker. Darüber ist man allgemein enttäuscht. Während Danzig 6 Pfund und Elbing 4 Pfund erhält, soll Ohra mit 1 1/4 Pfund abgepeist werden. Gen. A d o m e i t nahm deshalb mit den Landrat des Kreises, Herrn von Uger, Rücksprache. Der Landrat versprach, daß er noch einmal Einmachezucker verteilen lassen werde. So war das Mißverhältnis zu groß. Wer keinen Zucker erhält, bekommt auf Abschnitt 12 der Lebensmittelkarte andere Nahrungsmittel.

Am 15. August wird die wöchentliche Preismenge erhöht werden. Die kommunalen Fleischkarten fallen dann fort. Sämtliche Frühkartoffeln sind beschlagnahmt. Jeder freihändige Verkauf ist verboten. Von jedem preussischen Morgen sind 15 Zentner an die Gemeinde abzuliefern. Der Verkaufspreis beträgt 12 Pfund pro Pfund. Wegen Überschreitung der Höchstpreise und des Ausfuhrverbots sind mehrere Anzeigen eingelaufen. Sie sind der Staatsanwaltschaft in Danzig zur weiteren Verfolgung übergeben worden. Für diese Leute werden die Wucherpreise noch ein schmerzliches Nachspiel haben.

Die alten Kartoffelkarten verlieren in den nächsten Tagen ihre Gültigkeit. Wer keinen Kartoffelvorrat hat oder dessen Frühkartoffeln noch nicht reif sind, erhält eine neue Karte. Die **Vollstärke** soll am 1. August wegen gänzlichen Fehlens von Nahrungsmitteln geschlossen werden.

Kohlen werden nur für Dampfzüge und Dampfmaschinen ausgegeben. In der „Ostbahn“ wird eine Dreiskohlenstelle eingerichtet. Ohra hat etwa 3400 Haushaltungen. 194 000 Zentner Kohlen sind beantragt worden.

Am Sonnabend den 28. Juli kommen in Ohra 15 Gefrierfleischweine im Gesamtgewicht von 2710 Pfund zur Verteilung. Das Pfund kostet 2,25 Mark. Die Sendungen sollen sich wiederholen, wenn das Gefrierfleisch Anflug findet.

S a u z l i n g e unter einem Jahre erhalten vom 1. August ab monatlich 1000 Gramm Zucker-Zuschlag. Die monatliche Zuckermenge beträgt für sie dann 3 1/2 Pfund.

Das 1000ste Schichau-Schiff

das den Schichau-Werken erschaffen ist, wird am Sonnabend, den 4. August, in Elbing in Empfang genommen. Das erste, von Schichau erbaute Schiff wurde im Jahre 1854 fertiggestellt. Es war dies der

Schraubenampfer „Borussia“, der zugleich der erste auf einer hohen Werrt gefertigte eiserne Seebahner war. Das 1000ste Schiff wurde im Jahre 1876, das 5000te Schiff im Jahre 1895 erbaut. Das 10000te Schiff soll nun am 4. August vom Stapel gehen. Seit Begründung der Schichau-Werke im Jahre 1837 von denselben für die bisher fertiggestellten 1000 Schiffe Wasser von zusammen rund fünf Millionen Pferdestärken gebaut worden, entfielen allein 2,8 Millionen Pferdestärken auf den Raum der letzten zehn Jahre. Außer den vorgenannten Schiffen für Schiffsbetrieb wurden bisher noch 2700 Lokomotiven gefertigt. Die Werke wurden am 4. Oktober 1887 von Ferdinand Schichau begründet. Seit 1901 ist Oberingenieur Carl H. Jöbe alleiniger Inhaber der Werke. Unter dem von den Schichau-Werken erbauten 1000 Schiffen befinden sich 420 Torpedoboote für fast alle Meere der Welt, von denen allein 274 Torpedoboote von der Kaiserlichen Marine in Auftrag gegeben wurden.

Das 1000ste Schichau-Schiff beweist den Wert der deutschen Arbeiter, deren technisches Können diesen Großbetrieb im Osten überhaupt erst ermöglichte. Ihre Kraft entwickelte aus dem Betriebe des armen Schmiedes Ferdinand Schichau in 80 Jahre die Riesenernte in Elbing, Danzig und Pillau. Sie schenkte die vielen Millionen Pferdestärken aus losem Erz als Arbeiter Angestellte mit der Kraft ihrer Hirne und Arme. Sie stehen im Schnellampfer und stürzen Lokomotiven um die Erde kreisen, schlagen Schiffschiffe drohen und schnelle Torpedoboote durch das Meer und Berberden tragen. Sie haben technisch so Musterwerke geleistet, daß das Unternehmen ein Monopolbetrieb und dadurch Lieferung der Torpedoboote und anderer Kriegsschiffe, zum indirekten Staatsbetriebe wurde.

Seider hielt die Entwicklung der Werke zum Millionen-Umsatz mit den besten sozialen sozialpolitischen Notwendigkeiten gleichen Schritt. Gerade der größte Industriebetrieb des Ostens, wie wir uns jetzt feststellen, die niedrigsten Löhne, die ersten Hilfsdienstgesetz brach den Widerstand des Kommerzien Riese gegen Verhandlungen mit den Arbeitern. Es zwang auch zu Lohnaufbesserungen, die der Verfassung trotz der Kräfte unerlässlich ablebte.

Das 1000ste Schiff zeigt den Arbeitern der Schichau-Werke ihre Bedeutung. Mögen sie durch den Aufbau und die Ausgestaltung starker gewerkschaftlicher und politischer Organisationen bewußt sein, daß sie sich selbst ihre Kraft bewußt sind und sie für die eigenen Interessen verwerten wollen.

Elbing. Methodischer Wahnsinn. Die bürgerliche Presse, die in der viel erörterten Friedensfrage Standpunkt der Alldeutschen einnimmt, will ihren Lesern sehr zahlreichen Arbeiterlesern den Glauben beibringen, wenn ihre Eroberungsversuche hauptsächlich im Interesse der deutschen Arbeiterschaft lägen. So bringt auch die Elbinger Zeitung am 22. Juli einen Artikel „Arbeiterchaft und Frieden“, in der der bekannte Volkswirtschaftler Richard Calwer alldeutsche Kriegsziele vertritt. Die Elbinger neugierigen Sozialisten. Diese Bezeichnung dürfte wohl nicht zutreffend sein. Zum mindesten ist Calwer seit mehr als ein Jahrzehnt nicht mehr Sozialdemokrat. Es erübrigt sich, einzelnen auf die falschen und irreführenden Behauptungen Calwers einzugehen. Den Haß des kriegswirtschaftlichen Blattes gegen die Friedensarbeit der deutschen Sozialdemokratie folgende Probe aus dem genannten Artikel:

„Was Calwer hier ausführt, ist auch von bürgerlicher Seite schon oft gesagt worden. Von dieser bisher ohne Erfolg, vielmehr eben, weil die Sozialdemokratie mißtraulich gegen alles ist, was von dorthin kommt. Um so lieber sieht man es, daß der methodische Wahnsinn der Scheidemannier noch nicht alle sozialistischen Köpfe so unnebelt hat, daß sie das schnur gerade Gegenteil befehligen und tun, was das klar zutage liegende dauernde Wohlstandes Interesse wie des deutschen Volksganges, so gerade, und sogar vor allem der deutschen Arbeiterschaft erhebt. Diese haßerfüllten Auslassungen der Elb. Ztg. sollen auch den letzten Arbeiter dazu anspornen, jeder den Volksmacht zu werden. Notwendig ist auch, daß Kampfesfront der Arbeiterschaft gegen die Kriegshege und Freiheitsfeinde einig und geschlossen bleibt. Das mögen Genossen in Elbing besonders beherzigen.“

Elbing. Patriotische Agrarier. Ueber sonderbar patriotisches Verhalten eines Landmannes berichtet die Elb. Ztg. Ein Besitzer aus dem Elbinger Kreise hat am 1. Juni bei der Heeresviehsammelstelle einen Schlachtkühen abzuliefern. Um ein höheres Verkaufsgewicht zu erzielen, fütterte der schlaue Landmann das Tier kurz vor der Ablieferung mit einer größeren Menge Hafer, sodaß es gewaltig aufblühte erschien. Ein Offizier merkte jedoch den Betrug. Der Mageninhalt wog nach der Schlachtung 212 Pfund. Das Elbinger Schöffengericht verurteilte den Besitzer wegen Betrug zu 300 Mark Geldstrafe.

Elbing. Für Wildenten sind die Röhrichte am Friedhof, Elbingflughafen, Drausensee und an der Rogat das rechte Paradies, und sind dort sehr zahlreich anzutreffen; trotzdem wurden Wucherpreise auf dem Wochenmarkt gefordert, so daß die Stadt gezwungen sah, jetzt Höchstpreise festzusetzen.

Dirschau. Vaterländische Kundgebung. Man sprach uns: Eine große vaterländische Kundgebung fand hier am Sonntag den 22. Juli statt. Das Programm lautete: Patriotische Reden, Militärmusik und Gesänge. Es fehlten nur die Ringkämpferbuden, Karussells und dergleichen und der Rummel wäre wenigstens vollständig gewesen.

Daß die patriotischen Reden nach alldem deutschen Marasch gehalten wurden, versteht sich am Rande. Und so etwas nennt man echt bürgerlich „Vaterländische Kundgebung“.

Rosenberg (Westpr.), 20. Juli. Zwei größere Güter des Kreises haben in letzter Zeit ihren Besitzer gewechselt. Gutsbesitzer Rittig verkaufte sein 1300 Morgen großes Gut Falkenau für 690 000 Mark an Landwirt Rodus aus Königsberg. R. hatte das Gut im Jahre 1912 für 445 000 Mark erworben. Jetzt kostet es also 245 000 Mark mehr. Im Jahre 1905 wurde das Gut für 317 000 Mark verkauft. In 12 Jahren hat sich der Preis also mehr als verdoppelt!!! — In v. Dahleberg verkaufte ihr 3000 Morgen großes Gut Belterau an Landwirt Lieleben aus Charlottenburg für 1 500 000 Mark.

Literatur

— „Simplicissimus“. Die soeben erschienene Nr. 37 des „Simplicissimus“ enthält folgende Zeichnungen: „Siegesparaden“ von Th. Heine, „Das Kreuz“ von E. Schilling, „Seufzer ins Feld“ von O. Lendek, „Lektion“ von R. Griech, „Die hübsche Bezugsstelle“ von C. Köhler-Schulte, „Kerenski“ von E. Lehmann, „Die hübsche Krankheit“ von F. Sedlaczek, „Der Vorfichtige“ von G. Heiner, „Amerika und die Neutralen“ von E. O. Petersen und „Woodrow Lohengrin“ von Blir. Letzliche ist die Nummer ausgefallen mit einer Skizze: „Professor Mohrmeier“ von Adolf H. Braun, ferner mit einem Gedicht: „Nachstunde“ von Hermann Heise, „Zur Aufklärung von Katalozst“ und „In einer Stunde“ von Max Barthel. Die folgenden sind: „Enttäuschung“ von Roda Roda und vier Beiträge unter „Bon Lage“ und „Lieber Simplicissimus“.

Die „Simplicissimus“ kostet pro Nummer 40 Pf., die Jahrgangshaber-Ausgabe, welche auf einem qualitativ ganz hervorragenden Papier hergestellt wird, im Halbjahresabonnement 15 Mk. Man kann ihn beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Simplicissimus-Verlag G. m. b. H. & Co. in München.

Stockholm und Berlin

Stockholm und Berlin — Die große Friedensstimmung in Berlin läßt sich nicht denken, ohne die Beratungen, die in Stockholm gepflogen wurden, ohne die weitgehenden Vorbereitungen zu einer internationalen proletarischen Friedenskonferenz in Stockholm.

Wie Stockholm nicht denkbar wäre ohne die russische Revolution, so ist die Erklärung von zwei Dritteln des Deutschen Reichstags für den Frieden nicht denkbar ohne die Verhandlungen, die in und über Stockholm im Interesse der Erreichung des Friedens geführt wurden.

In Stockholm wird der Friede nicht geschlossen werden, wohl aber wird dort der Weg zum Frieden erheblich von demjenigen befreit werden. Das ist bereits der Fall gewesen, wie uns die Lage von Berlin lehrt. Erzberger wäre sicher nicht nach dem Vorbilde unserer Genossen im Hauptausschusse des Reichstags mit erfreulicher Energie gegen die Hebertreuer der Unterseebootfanatiker aufgetreten. Er hätte nicht so kräftig die Friedensstimmung des Reichstags vorwärts gerieben, wenn nicht die Beratungen in Stockholm vorangegangen wären.

In der katholischen Welt haben die Stockholmer Beratungen Nachdenklichkeit hervorgerufen. Man empfand, daß der päpstliche Stuhl, dessen Verdienst, für den Frieden zu wirken, auch von uns Sozialdemokraten anerkannt wurde, von den katholischen Parteien gerade nicht gefördert wurde. Während die Sozialdemokraten in Stockholm verhandelten, haben Kardinal in Frankreich den Gedanken erzwungen, eine internationale Konferenz der Katholiken in Sachen des Friedens einzuberufen. Von österreichischer katholischer Seite wurde sowohl im österreichischen Abgeordnetenhause, als auch in einer besonderen Rundgebung aus Graz die Notwendigkeit, für den Frieden zu wirken, unter direkter Beziehung auf die Verhandlungen in Stockholm betont. Im ähnlichen Sinne wirkte der bedeutendste Gelehrte des österreichischen Katholizismus, Professor Lammasch, für ein Eintreten der Katholiken aller Länder für den Frieden. Innerhalb der deutschen Zentrumsparteien traten in den letzten Wochen die Gegenkräfte zwischen den Vertretern des Verständigungsfriedens und des alldeutschen Standpunktes mit einer bei dieser disziplinierten Partei seltenen Schärfe hervor.

Der Wille der sozialdemokratischen Mehrheit, für den Frieden zu wirken, der stets vorhanden war, wurde bedeutsam bekräftigt in den Verhandlungen in Stockholm. Die öffentliche Meinung in Deutschland zeigte nicht zuletzt wegen der Verhandlungen in Stockholm einen entschiedenen und sich kräftig äussernden Umschwung in der Richtung zum Verständigungsfrieden. Der Standpunkt vieler Zeitungen änderte sich. Im Vergleich der Presse dieser Wochen und der gleichen Zeitungen im ersten Wertesjahr 1917 zeigt dies deutlich. Betroffen durch den Umschwung der öffentlichen Meinung sagten sich viele Politiker und Redakteure: ein weiterer Widerstand gegen die Friedensstimmung heißt der Sozialdemokratie unübersehbare Scharen von Anhängern zuführen.

Die Internationale, die so gründlich totgesagt, hat in den Verhandlungen des Deutschen Reichstags einen großen Triumph davongetragen.

Es wäre verfehlt, zu meinen, daß nur in Deutschland und etwa in Oesterreich-Ungarn diese Wirkungen der Stockholmer Verhandlungen zu beobachten sind. Der Friedenswille wächst auch in den Völkern der Deutschland bekämpfenden Mächte. Herr Bionani, ein Sozialdemokrat außer Dienst,

schlägt als französischer Justizminister der Deputiertenkammer ein Gesetz vor, das alle Friedensstimmungen unter schwere Strafen stellt. Den französischen Soldaten wird verboten, falls sie nicht Pariser sind, den Boden der Hauptstadt zu betreten, damit sie von der Friedensstimmung der dortigen Bevölkerung nicht angesteckt werden. Die Minderheit der französischen Sozialdemokratie, gewann in der Friedensfrage die Mehrheit; die Töne der Mehrheit verblasen gegen früher stark. Dies alles sind Wirkungen von Stockholm, die auch für das Werden des Friedens in der französischen Republik von großer Bedeutung sind. Auch im französischen Bürgertum rührt sich wie im deutschen. Die Stimmung für den Frieden wächst, man behauptet, sogar im französischen Ministerium.

Daß in Italien die Friedensstimmung im Steigen ist, daß unerschütterlich die Sozialdemokratie dort für den Frieden wirkt, und daß das Bürgertum den Kampf gegen die Kriegshypothesen aufzunehmen beginnt, hören wir auch mit Genehmigung.



Die Zeitung bleibt aus

wenn der Postabnehmer vergißt, die Bestellung rechtzeitig zu erneuern. Wer Störungen in der Zustellung der „Dauziger Volkswacht“ vermeiden will, erneuere schon jetzt das Abonnement für den kommenden Monat

Der englische Kriegswille ist wohl heute der stärkste in Europa. Eben betont man, daß Carson, ein harter Imperialist, aus der Admiralität in den engeren Kriegsrat übergetreten ist. Während man aus dieser Tatsache auf mangelnden englischen Friedenswillen schließt, hat Henderson, der auch Mitglied des obersten Kriegesrates ist, auf der Reise von Petersburg nach London in Stockholm Station gemacht und dort mit Hugsmans konferiert und Erklärungen abgegeben zugunsten der allgemeinen sozialdemokratischen Konferenz, die den besten Eindruck gemacht haben. Er knüpft zwar an die Konferenz eine Reihe von Bedingungen, aber er erklärt, daß die Konferenz die gewaltigste Bedeutung für die Weltdemokratie erlangen könne. In dem Druck, den die russische Sozialdemokratie auf die Regierungen wegen der Revision der Verträge der Entente ausübt, erblickt der Vertreter der englischen Arbeiterpartei im Kabinett von Lloyd George das stärkste Argument für eine Zusammenkunft der Sozialisten der Ententeländer, die seiner Meinung nach der allgemeinen Konferenz vorangehen soll.

Auch sonst sind die Nachrichten aus Stockholm erfreulich. Die russischen Delegierten reisen nach London und Paris, um dort die Schwierigkeiten der Beschickung der Internationalen Konferenz aus dem Wege zu räumen. Wilson hat erklärt, daß er den Delegierten der amerikanischen Sozialdemokratie die Pässe für Stockholm bewilligen werde, wenn die russische Regierung den Wunsch darnach ausdrückt. Die Genossen der schwedischen Minderheit beteiligen sich nun an der Vorbereitung der allgemeinen Konferenz, was auch als ein Räser-

rücken der beiden sich stark befehdenden Richtungen in der schwedischen Sozialdemokratie ausgelegt werden kann.

So zeigen die Vorgänge in Berlin die Wirkungen von Stockholm. Stockholm, wie der zu gewärtigende Widerfall der Verhandlungen in Berlin, lassen wieder stärker auf den Frieden hoffen.

Politische Rundschau Deutschland

Und die Zensur?

Die „Frankfurter Zeitung“ fragt Herr Dr. Michaelis, wie er über die politische Zensur denkt und erklärt, der Reichstag dürfe keinen Zweifel walten lassen, daß die endliche Befreiung der öffentlichen Meinung zu den Grundbedingungen gezielten Zusammenarbeitens zwischen Reichsleitung und Volksvertretung gehört.

„Mehrheit und Minderheit der Volksvertretung haben in dieser Frage genau das gleiche Interesse, und alle Parteien des Deutschen Reichstages haben diese Interessengemeinschaft anerkannt. Darüber herrscht Einigkeit, daß für Veröffentlichungen auf dem Gebiete der Kriegführung und aller militärischen Fragen eine Zensur berechtigt, aber auch darüber, daß sie auf politischem Gebiet unzulässig und höchst schädlich ist. Staatssekretär Helfferich hat am 12. Mai d. Js. ausgesprochen, daß die Zensur nur noch geübt werden soll, „wo rein militärische Fragen in Betracht kommen“. Eine weitberzige Auslegung des Burgfriedensparagrafen hat die Militärbehörde verleiht, nach wie vor reinpolitische Zensur zu üben. Nicht nur solche Auslegung, sondern der Burgfriedensparagraf selbst, der ja längst sinn- und zwecklos geworden ist, muß fallen. Darauf sollte der Reichstag jetzt mit aller Entschiedenheit bestehen. Und er muß weiter verlangen, daß nicht eine militärische Zensur (der Kriegsminister als Obermilitärbefehlshaber) die letzte Entscheidung trifft, ob eine Frage militärischen oder politischen Charakter hat, sondern daß diese Entscheidung der verantwortlichen Stelle, dem Reichstanzler, übertragen werde. Die Volksvertretung ist jetzt in der Lage, ihren Beschlüssen Achtung und Durchführung zu erzwingen. Dem neuen Kanzler wird eine besondere Entschlossenheit und Willensfestigkeit nachgerühmt. Hier wird er von diesen Eigenschaften zum Besten des Vaterlandes und unserer Kriegführung Gebrauch machen können.“

Dieser Schmerzensruf wird bei allen Parteien ein kräftiges Echo finden. Man kann nicht die Freiheit des deutschen Volkes proklamieren, wenn seine Presse alles andere als frei ist. Es genügt nicht, daß der Reichstag platonische Kuldigungen der Regierungsvertreter vor der „Presse beifällig anhört, er muß die Reichsleitung auch zwingen, nach ihren Erklärungen zu handeln und ihren Worten bei den stellvertretenden kommandierenden Generälen Respekt zu verschaffen.“ (B. 196.)

Ein sozialistisches Urteil über die Reichstags-Resolution

Ein hervorragender dänischer Sozialdemokrat, der mit der internationalen Stimmung besonders vertraut ist, äußerte sich zu dem Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ folgendermaßen über die Friedensresolution der deutschen Reichstagsmehrheit:

Dieses Friedensdokument ist ein außerordentlich zufriedenstellender Ausdruck für die Stimmung des deutschen Volkes. Selbstverständlich muß man erwarten können, daß die Mehrheit des Reichstags sich ihm anschließt und daß dasselbe auch bei der Regierung der Fall ist. Damit wird Deutschlands Stellung vollkommen geklärt dastehen. Ich persönlich näherte keine Zweifel daran, daß die Stimmung des deutschen Volkes so sei, wie sie sich in dieser Resolution ausdrückt. Aber draußen in der Welt sind viele, die nicht glauben wollen, daß es so sei. Alle diese werden durch die Resolution die Wahrheit erfahren. Es scheint mir, daß danach die Fortsetzung des Krieges noch mehr dazu kommen wird, jeder Grundlage zu entbehren. Die Völker in den Ländern der Entente erhalten in der Friedensresolution eine Basis zu einer Aktion für den nächsten Abschnitt des Krieges, und man muß hoffen, daß sie diese Basis benutzen werden. Wird die Demokratisierung gleichzeitig durchgeführt, so wird dies selbstverständlich noch mehr dazu beitragen, denen den Grund unter den Füßen wegzuziehen, die für die Fortsetzung des Krieges sind, und ich hoffe deshalb, daß die Demokratisierung unter dem neuen Steuer Fortschritte machen wird. Mir scheint, es muß für das Deutsche Reich und das deutsche Volk von großer Wichtigkeit sein, andern Nationen jeden Vorwand zum Widerstand gegen den Frieden zu nehmen.

Schöne Nacht

Hent war eine wundermilde,
Weißblau Sternennacht,
Heber Flanderns Mordgefühle
Floß verführend ihre Braut.

In ein Silberneß von weißen
Mondlichtfäden eingehüllt,
Träumen selbst im Dors die greisen
Trümmer, ganz mit Glanz, erfüllt.

Und im Hof der Brunnen taunte
Von des Friedens Seligkeit;
Und mein Auge still erstauute
Ob der Schönheit weit und breit.

Johannes Schönherr.

Das Fest der Meerestropfen

Ein bulgarisches Märchen vom 1. Mai von D. J. Poljanov,*) deutsch von Julie Wolfson, Breslau.

An dem grünen Ufer eines weiten leuchtenden Meerbusens, der sich wie ein Auge ausschlug, wamit das Festland in die unendliche Welt hinein schaut, ragt düster ein scheinbar nie vollendeter Turm empor, ein labyrinthischer Koloss aus Holz und Eisen. Geschrei und Höllenlärm füllen ihn, und Tag und Nacht pilgern, gleich einem Heer schwarzer Punkte, endlos gereichte Menschen zu ihm hin.

Einer von ihnen stieg eines Morgens hinab und setzte sich ans Ufer, den Blick auf das weite Meer gerichtet. Ruhig und glänzend lag es da und der Himmel war von lachend hellem Blau. Festlich leuchtete die Frühlingssonne, und die Ufer standen in Laub- und Blüteschmuck. Aus der Ferne drang der alles behebende Wohlgeruch des neuen Lenzes.

Gedankenvoll blickte der Mensch um sich. Und nach und nach wurde es in seiner gewitterschweren Seele hell, und die

Augen, in denen sich die blau-grüne Ferne spiegelte, leuchteten ihm auf.

Eine Welle schlug leise an seinen Fuß, überschüttete ihn mit tausend Wasserperlen und zog sich mit sanftem Gepätscher wieder zurück; sie näherte sich abermals und wich aufs neue.

Eines der Wassertropfen aber begann mit seltsamem Wohlklang zu reden; es sprach:

„Ich bin dein Schwesterlein, du kennst mich nicht, lieber Bruder, aber ich kenne dich. Höre mich denn: Ich stamme von weit, weit her, irgendwo aus den finsternen kühlen Gründen des Balkans, aus dem Felsboden, wohin Blick und Ton nicht mehr dringen. Einmal stahl sich ein plötzlicher Sonnenstrahl da hinunter; ich spielte mit ihm, ihm zu Liebe pukte ich mich mit den sieben Farben des Regenbogens. Morgens ging ich ihm entgegen und entließ ihn am Abend wie eine Braut ihren Liebsten. Er sprach mir von einer Welt unermesslichen Lichts, wo alles frei und hell sei, erzählte mir von seiner Mutter, der Sonne, von den Blumen und der weiten, weiten Welt. Etwas Unbekanntes, Neues fing an, in mir zu gären. Ich schwor diesem Fühlen ewige Hingabe, schwor, meinem Gefängnis zu entinnen und jene wunderbare Welt aufzusuchen, von der mir der heiligste klare Sonnenstrahl berichtet hatte. Auf, in die Ferne, in die Freiheit! — Eines Tages hörte ich freigewordene Schwestern aus der Haft eines berstenden Felsens herabspringen. Insinnaig vor Freude stürzte ich mich auf den dünnen Wasserstrahl. Andere Schwestertropfen stürzten mir nach, alle in freies, durstiger Luft, ein anderes, neues Leben beginnen zu können. Aber unsere Freude über das Entinnen aus dem Dunkel war nicht von Dauer.“ —

Da klatschte eine Welle heran und endete die holde Rede des Tröpfchens.

Der Mann am Ufer sprach zu sich: „Wahrlich, es mag mein Schwesterlein sein.“ Und in seinem Kopfe reiheten sich die fernsten, liebsten Erinnerungen an die Kinderzeit aneinander, die ersten Träume der jungen Seele, die ersten Schritte ins fremde Leben, die ersten Freuden, kindlichen Wünsche und die Weckläufe mit den Gespielen durch des Vaters Felder. Wie endlos weit schienen ihm diese damals noch, wie hielten sie die Kinder in steter Täuschung über ihre Ausdehnung; all das war der Erzählung des Tröpfchens recht ähnlich.

Aber nun löst es sich wieder und hebt aufs neue zu reden an:

„Nicht von Dauer war unsere Freude über die errungene Freiheit. Unten im Tal mußten wir im Schlamm und Kraut stillstehen und uns drücken und ersticken lassen. Unser Gesang war verstummt. Die frühlichen Stimmen der kleineren Schwestern, die ahnungslos zu uns herankamen, taten uns weh. Die Unglücklichen! Sie wußten ja noch nicht, was ihrer wartete! Zu allem schien es uns, als ob zur Erhöhung unserer Qual die widerwärtigen Frösche ringsumher uns höhnlisch anquakten. — Wenn wir uns rührten, uns mit Hilfe des leichten Abendwindes von dem Druck zu befreien strebten, dann legten die Kräuter ihre schwere Blätterhand auf uns und hochnispten uns leise: „Seid still! Faßt euch! Leben heißt ausharren. Wo wollt ihr denn hin? Seht uns an, wie wir alle hübsch auf dem Fled hocken. Macht es doch ebenso, seid ruhig und geduldig, anders kann es doch nicht sein, ihr kleinen törichteren Wassertropfen!“ —

O, sie wollten nicht begreifen, daß wir eben keine Kräuter sind, daß in uns der Drang zum ewigen Kampf, zu vollem, von allem Kummerlichen freien Leben liegt. Endlich faßten wir Lautesten, Unruhigsten, den Entschluß, durch das versperrende Dickicht vorzudringen und uns schließlich abwärts zu stürzen, nur um aus dem erstickenden Duster herauszukommen.“

Hier spritzte wieder eine Welle auf und unterbrach die trübe Rede des Tröpfchens.

Der einsame Mensch sagte sich: „Wahrlich, es mag mein Schwesterlein sein.“ Und durch seine Gedanken zogen die ersten rauhen Berührungen mit der Wirklichkeit. Dort im Heimatdörfchen war es gewesen, wo noch alles in Finsternis und Unbildung hindämmerte, wo einem auf alle Freiheitswünsche ein Dämpfer gesetzt wurde. Er erinnerte sich seines Vaters, der ihn auf viele Jahre hinaus als Hirte hatte verdingen wollen. Als junger Knabe war er mit zwei Altersgenossen ins nächste Dorf geflohen, wo sie lesen und ein Gewerbe lernen und sich später entweder schlecht und recht ernähren oder lieber untergehen wollten, als im Dorfe Frondienst zu tun. — Wie sehr gleich dies alles der Erzählung des Tröpfchens! aber nun zeigte es von neuem an und sprach:

„So beschloßen wir denn, aus dem Duster zu flüchten und führten es auch aus. Unten trafen wir andere Schwestern,

*) Poljanov geboren 1876 in Karnobat, beendete seine Gymnasialstudien in Stiven, studierte in Frankreich Medizin und gab später — 1897 — Gedichte und Erzählungen unter dem Titel Meerestropfen heraus. Es folgten 1910 Vom Orient zum Occident (Märchen und Legenden) und in jüngster Zeit das Sammelwerk Vastshana (Anfang). Seine Schriften fanden besonders bei dem bulgarischen Proletariat begeisterte Aufnahme.

...der Gefahr bewußt seien. Sie stimmten dem neuen Aufruf...
...der höchsten Kräfte zu betonen, daß größere An-
...der vorhandenen Arbeiter nicht ausreichen. 1000 weitere
...eine bedeutende Vermehrung der Materialien würden
...benötigt. Unsere Seemacht, ruft sie aus, ist im Niedergange
...Mangels an klarer Erkenntnis und energischer Handlung. Der
...ist im Gewinnen, denn wir machen die schweren Verluste
...nicht wert. Das ist die Lage, der wir gegenüberstehen, welche den
...stand dieses Landes, die Zukunft des britischen Reiches und die
...bedroht, für die wir so schwere Opfer gebracht haben.
...Englands übermächtige Seeherrschaft, die die ganze Welt
...im Willen unterjocht, muß also trotz der ungeheuerlichsten
...auftritte unbedingt aufrecht erhalten werden! Der un-
...hängige Herr Haase versicherte aber, noch in seiner letzten
...stagsrede unheimlich naiv, die Freiheit der Meere habe
...vor dem Kriege doch stets gegeben.

Tarnopols Befreiung

Ueber die Einnahme Tarnopols wird durch das
T. B. gemeldet:
Berlin, den 25. Juli 1917. Auch am 24. Juli blieb die
...Vorwärtsbewegung unserer Truppen in Ostgalizien in
...Gänge. Wo der weiche Feind sich festzusetzen versuchte,
...er mit raschen mächtigen Schlägen zerstörte. Der stets frische
...geistes der Truppen ist bewundernswert, ihre Fähigkeit
...größter Anstrengungen unübertrefflich. Unsere Krieger wet-
...untereinander in stundenlangen anstrengenden Aufklärungs-
...Kampfen, bei denen sie durch Bomben- und Maschinengewehr-
...angriffe mögliche Verwirrung in die zurücklassenden russischen
...zu tragen verließen. Kleineren und größeren Massen von
...streben auf allen Wegen den Gefangenenlammstücken
...Die Beute, über das ungeheure Operationsgebiet zerstreut,
...sich noch nicht annähernd feststellen. Gegen 3000 Quadratkilo-
...sind bereits den Händen der Russen entzogen, ebenso sind die
...militärischen Vorteile, die Brusilow mit seiner letzten Offensive zu er-
...versuchte, schon längst wieder ausgeglichen. Mit prächtiger
...nahmen unsere Truppen das an vielen Stellen brennende
...Tarnopol und die südlich davon gelegenen Höhen und wiesen heftige
...Angriffe ab. Ein verzweifelter Vorstoß, den die Russen
...südlich von Tarnopol aus der Richtung des Dorfes Kapiacze,
...zweihundert Gliedern gestaffelt, mit Unterstützung von Panzerwagen
...brach, brach unter den allerwertesten russischen Verlusten an
...Gefangenen und Material zusammen. Mit gleicher Macht
...südlich von Tarnopol stießen unsere Truppen nach Südosten und
...den gegen die Bahnlinie Stanislaw-Buczacz-Kopaczyn vor.
...tend unter ihrem Druck eine russische Verteidigungsstellung nach
...anderen in der Linie Stanislaw-Madworna zusammenbrach,
...sich in den Waldpartien am 24. Juli die den Jablonica-Bah-
...südlich abriegelnde Bergstellung des Gleis zum Russen entzogen
...der verzweifelte Widerstand, den die Russen zwischen Stanislaw
...Madworna an der Wiszka-Madwornaska leisteten, vermochte
...russischen Zusammenbruch an diesem Frontabschnitt jedoch nicht
...aufzuhalten. Auch hier wurden die Russen von den Unstigen
...angestimmten Dränge nach vorwärts gemorren und die außer-
...wichtigen Straßen- und Bahnhauptpunkte der Städte
...Stanislaw und Madworna, die beiden Kapitale der russischen
...stellungen, herausgebrochen. Eine größere Anzahl von Geschützen,
...unter schwerer, sowie noch nicht gezählte Feldgeschütze, Graben-
...minen, Minenwerfer, große Mengen an Munition und Bergfestung
...wurden eingebracht. Unsere Truppen führten unaufhaltsam
...weiter vor.

An den Südpartien unternommene Entlastungsangriffe
...Infanterie wurden abgewiesen. Am unteren Sereth gingen
...unsere Stellungen nur zwei Züge Infanterie vor, die mühelos
...abgeworfen wurden. An der Sereth-Mündung und in der Do-
...schka nur Artilleriefeuer.
Auf dem Nordteil der russischen Front erlahmten die russischen
...angriffe nach den ungeheuren Vortritten der letzten Tage. Von dem
...Dünaburg erzielten Geländegewinn wurde den Russen
...Teil durch unsere Stoßtruppen wieder abgenommen. Ein russischer,
...tausend Meter Breite südlich Smorgan vorgetragener Angriff
...wurde leicht abgeschlagen. Die Beute aus den Kämpfen vom 22. und
...23. Juli beträgt gegen 500 Gefangene und eine größere Anzahl
...Dienstsgegenstände. Die blutigen Verluste der Russen sind indessen
...außerordentlich schwer.

An der Westfront treten alle Ereignisse gegenüber der in
...anderen tobenenden mitleidigen Artillerieschlacht in den Hintergrund. —
Tarnopol befand sich seit Beginn des Krieges in russischen
...händen. Endlich konnte es aus der dreijährigen Russenherrschaft
...frei werden.

Französisches Barbarentum

Berlin, 24. Juli. Der französische „Sieg“ von Karlsruhe.
...jedem Heer besteht die Sitte, daß die Fahnen der Regimen-
...mit Inschriften oder Bändern geschmückt werden, welche die
...namen der siegreichen Schlachten als Ehrentage des Regiments
...tragen. Frankreich führte diese Sitte auch für die Flieger-
...ein. Die Fahne des französischen Bombengeschwaders 1
...ist nach einer französischen Zeitungsnachricht neben ande-
...Inschriften das Wort „Karlsruhe“ auf. Dieser Name weckt
...Erinnerung an ein Ereignis, das an Schrecklichkeit und
...Schlosigkeit von wenigen dieses Krieges erreicht wird. Das
...Bombengeschwader 1 unternahm am 22. Juni 1916 auf die
...süde, friedliche, von jeder militärischen Bedeutung bare Stadt
...Karlsruhe jenen Angriff, der in wenigen Minuten 110 mehrlose
...menschen hinstreckte und 123 verstümmelte. Und weitaus
...meisten dieser unglücklichen Opfer waren, wie auch den
...angehen bekannt wurde, nichtahnende Kinder. Diese Tat
...von den Angehörigen und Vorgesetzten dieses Geschwaders
...würdig erachtet, auf der Fahne, dem Sinnbild der Sol-
...den, für alle Zeit verewigt zu sein. Wahrscheinlich die Fran-
...konnten ihre Auffassung von ihrem Kampfe für Ehre,
...Ehre und Stillschick nicht besser veranschaulichen.

Neuer 17-Milliarden-Kriegskredit in England

Haag, 24. Juli. Aus London wird dem „Holl. N. B.“
...gemeldet: Im Unterhaus verlangte Bonar Law neue Feld-
...kredite in Höhe von 850 Millionen Pfund (17 Milliarden Mk.).
...mit erreichen die gesamten Kredite für das laufende
...Jahr die Höhe von 1500 Millionen Pfund (30 Milliarden Mk.).
... (S. I.)

Russische Umwälzung

Reaktionär Kerenski

Petersburg, 22. Juli. (S. I.) Ministerpräsident
...Kerenski ließ nach Reval, Helsingfors und anderen Orten fol-
...genden Funkspruch gehen: Es ist unwiderleglich festgestellt, daß
...Anordnungen in Petersburg mit Beteiligung von Send-
...an der deutschen Regierung veranstaltet sind. (Natürlich)
...Anordnungen sind jetzt angesichts der Festnahme ihrer
...Aktionen und derjenigen Leute, die sich mit dem Blut ihrer
...Vaterland und der Revolution
...Vaterland, vollständig unterdrückt. Auch unter den Seeküsten,
...ihre Bürger- und Soldatenpflicht brachen, wurden Ver-

haftungen vorgenommen. Ich rufe alle wahren Söhne der
...Demokratie auf, sich um die einseitige Regierung und um die
...demokratischen Vereinigungen von ganz Rußland zu scharen,
...um das Vaterland und die Revolution vor dem Feinde und
...seinen Verbündeten im Lande zu schützen.

Diktator Jar Kerenski

Wien, 23. Juli. Die Korrespondenz „Rundschau“ meldet
...aus Kopenhagen: Die erste amtliche Handlung Kerenskis als
...Ministerpräsident war die Einberufung eines Ministerrats, in
...dem er sich außerordentliche Vollmachten erteilen ließ. Er hat
...die Absicht, auch das Portefeuille des Außenministers provisorisch zu
...übernehmen, um der russischen Außenpolitik in den nächsten
...entscheidenden Stunden eine feste entschiedene Richtung zu
...geben. Kosaken herrschen in Petersburg. Alle Führer der
...friedensfreundlichen Bolschewiki, soweit sie nicht durch die
...Flucht entkommen sind, sind in die Peter-Pauls-Festung ge-
...bracht worden. Mit Berufung auf den neuen Belagerungs-
...zustand hat Kerenski die Bolschewiki-Blätter eingezogen, alle
...Versammlungen verboten und Ansammlungen von Truppen
...auf den Straßen untersagt. In Petersburg herrscht augen-
...blicklich Ruhe, dagegen dauern die Unruhen in Kronstadt,
...Sébastopol, Reval und Odessa fort, so daß Kerenski diese
...Städte in einer besonderen Proklamation aufgefodert hat,
...sich zu unterwerfen. (S. I.)

Die verhinderte Wahrheit über Rußlands Lage

Bern, 24. Juli. Das „Berliner Tageblatt“ versteht die
...russischen Heeresberichte vom 20., 21. und 22. Juli mit nach-
...stehender Bemerkung: Wir erhielten seit einigen Tagen keine
...direkten Depeschen von Petersburg mehr. Heute kommen uns
...merkwürdigerweise einige Depeschen auf dem Umwege über
...Wolffbüro zu. Bisher erhielten die schweizerischen Blätter
...russische Nachrichten über Paris. Wir konnten denn mehr als
...einmal feststellen, daß die Nachrichten in Paris umgearbeitet,
...falsch und zensuriert waren. Man gab dem französischen und
...schweizerischen Publikum nur das, was der französischen Zen-
...sur genehm war. Heute erhalten wir direkt über Berlin die
...obigen Mitteilungen, die uns die französische Zensur bisher vor-
...enthalten hat. Wir hoffen, daß weiter für die Verbreitung der
...Wahrheit über Rußland gesorgt werde. Der Inhalt der drei
...Depeschen ist derart, daß man wohl begreift, daß die französi-
...schen Behörden sich Mühe geben, sie zu unterdrücken.

Die Selbständigkeit der Litauer

Der in Petersburg versammelte litauische Landtag be-
...gann seine Beratungen am 18. Juli. Die Tagesordnung,
...betreffend die Gründung eines unabhängigen litauischen Staates,
...wurde einstimmig angenommen. Eine andere Tagesordnung
...hegt das Verlangen der Litauer, daß die Neutralität ihres
...Staates durch den Kongreß der Großmächte, an welchem die
...Abgeordneten Litauens Anteil nehmen sollten, garantiert sei.

Der Abfall der Ukraine und das Heer

Berlin, 21. Juli. (S. I. B.) Die Zeitung „Ostschweiz“
...trifft am Schluß eines Artikels über „Ukrainet“: „Für
...den jetzigen Augenblick ist der Abfall der Ukrainer vor allem
...militärisch von größter Tragweite. In der russischen Armee
...und Flotte steht gegen eine Million ukrainischer Männer.
...Diese Armee kann nicht mehr gleiche Ziele haben wie die
...russische Regierung, die von einer Loslösung nichts wissen
...wollte. Damit ist ein Zwiespalt in die großrussische Armee
...hineingetragen worden, der für die militärische Einheitsaktion
...die gefährlichsten Folgen haben kann.“

Das neue Ministerium der Ukraine.

Die provisorische Regierung der Ukraine, die soeben in
...Kiew zusammengetreten ist, setzt sich folgendermaßen zu-
...sammen: Ministerpräsident und Minister des Innern: Winni-
...tschenko, der hervorragende ukrainische Schriftsteller; Christjuk,
...Generalsekretär; Bektjura, Kriegsminister; Eremoff, Minister
...des Außenministers; Baranowsky, Finanzminister; Sadowsky, Justiz-
...minister; Martos, Ackerbau; Stassjuk, Proviant.
Nach dem ukrainischen Pressebureau spricht man in ge-
...wissen politischen Kreisen davon, Poltawa zur künftigen Haupt-
...stadt der Ukraine zu wählen. Kiew gilt schon als zu sehr
...russifiziert. Dieses Projekt gab Veranlassung zu einem Kon-
...flikt zwischen dem Exekutivkomitee und gewissen politischen
...Parteien der Ukraine.

Finnland selbständig

S. I. B. Stockholm, 20. Juli. „Svenska Telegram-
...byran“ meldet: Der finnische Landtag nahm mit 136 gegen
...55 Stimmen den Gesetzentwurf über die Autonomie Finnlands
...an. Der Abänderungsvorschlag des Jungfinnen Ualbus, wo-
...nach der Vorschlag der provisorischen Regierung unterbreitet
...werden sollte, wurde mit 104 gegen 86 Stimmen abgelehnt.
In der finnischen Volksvertretung besitzen die Sozial-
...demokraten die Mehrheit.

Die sozialistische Presse während der Revolution

„Sozialdemokraten“ (Kritikantia) bringt eine Korrespon-
...denz aus Petersburg vom Mitte Juli über die russische Partei-
...presse. Seit Ausbruch der Revolution haben sich die sozia-
...listischen Zeitungen in Rußland außerordentlich schnell ent-
...wickelt, wie ja überhaupt die russische Presse im allgemeinen
...einen großen Aufschwung genommen hat. Petersburg zählt
...zurzeit 30 Tageszeitungen, von denen 3 morgens und abends
...erscheinen. Unter diesen 30 Tageszeitungen sind 6 sozialdemo-
...kratisch, und wenn man den radikalen „Dien“ hinzurechnet,
...der sich neuerdings als sozialistisch erklärt, ohne sich auf ein
...bestimmtes Parteiprogramm festzusetzen, kommt man auf 7
...sozialistische Blätter in Petersburg. Ihre durchschnittliche Auf-
...lage beträgt zirka 100 000 Nummern täglich, sodas in Peters-
...burg jeden Tag 700 000 sozialdemokratische Zeitungseremplare
...ausgegeben werden, von denen allerdings ein Teil in die Pro-
...vinz und das Ausland geht. Die sozialistische Provinzpresse
...hat ebenfalls einen großen Aufschwung genommen, doch liegen
...darüber keine statistischen Angaben vor. Die Gründung eines
...neuen bolschewistischen Tagesblattes in Petersburg steht bevor.
Die größte Schwierigkeit macht den Parteizeitungen die Be-

schaffung des Papiers, da auch in Rußland eine schwere
...Papierkrise herrscht. Weitere Schwierigkeiten bereiten die
...Druckereibetriebe, da die Zeitungen natürlich noch nicht kapital-
...stark genug waren, sich eigene Druckereien anzuschaffen.

Buchmann endlich doch amtsmüde

Der englische Botschafter in Petersburg, Buchanan,
...fühlt sich, wie der Lokalanzeiger aus Stockholm meldet, nach
...Berichten sämtlicher Petersburger Blätter, überanstrengt und
...beabsichtigt, dauernd seinen Posten zu verlassen. Offenbar
...hätten die Ereignisse der letzten Tage, die gleichzeitig einen entschieden
...englandsfeindlichen Charakter trugen diese Erkrankung veran-
...lasht. Mit Buchanan scheidet einer der bösesten Geister und
...schlimmsten Scharfmacher des Weltkrieges. Daß er gehen
...m u ß, bei seiner Fähigkeit kommt Freiwilligkeit keinesfalls in
...Frage, ist für alle Friedensfreunde hoch erfreulich.

Friedensvorbereitung

Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften zur Stockholmer Konferenz

Am 20. Juli ging das folgende Schreiben über die Teilnahme
...von Partei und Gewerkschaften an der Stockholmer Allgemeinen
...Sozialistenkonferenz an die Delegation des russischen Kongresses der
...Arbeiter- und Soldatenvertreter, 3. S. des Genossen Wladimir
...Kosjanoff zurzeit in Stockholm ab.
Werte Genossen!

Der Vorstand und die Delegation der deutschen Sozialdemo-
...kratie haben den Bericht über die mit der Delegation des russischen
...Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte am 4. und 5. Juli in
...Stockholm geführten Verhandlungen gehört. Sie bestätigen aus-
...drücklich ihre bereits durch Brief vom 7. Juni gegebene Erklärung über
...die Teilnahme an der in Stockholm geplanten allgemeinen Sozial-
...listenkonferenz.

Die deutsche Sozialdemokratie hat die in Deutschland vor-
...handenen annexionsistischen Tendenzen seit Kriegsbeginn scharf be-
...kämpft. Sie ist durchaus der Auffassung, daß die Regierungen,
...die nach der allgemeinen Sozialistenkonferenz noch nicht klar und
...unzweideutig ihre Kriegsziele bekannt geben oder bei der Bekannt-
...gabe als ihr Kriegsziel Eroberungen oder finanzielle Vergewalt-
...igungen bezeichnen, auf das entschiedenste bekämpft werden müssen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat bereits durch Beschluß
...ihres Vorstandes und Ausschusses vom 19. April ihre Einverständnis
...mit der Friedensplattform des Arbeiter- und Soldatenrats erklärt.

Die deutsche Sozialdemokratie ist bereit, die diesen Grund-
...sätzen entsprechenden Beschlüsse der Konferenz anzuerkennen und
...durchzuführen, wobei sie voraussetzt, daß es sich dabei nur um
...Beschlüsse handelt, die auf alle Parteien zutreffen, und daß alle an
...der Konferenz teilnehmenden sozialistischen Parteien der krieg-
...führenden Länder sich verpflichten, diese Beschlüsse gleichzeitig mit
...allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften durchzuführen.

Die deutsche Sozialdemokratie wünscht den Bemühungen
...der russischen Genossen um das Zustandekommen der Konferenz
...weiterhin den besten Erfolg und erwartet, daß es in Stockholm
...gelingen wird, für ein gemeinsames Arbeiten aller sozialistischen
...Parteien ein Einverständnis zu erzielen.

Mit sozialistischen Grüßen!

- Für den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:
ges.: F. Ebert.
- Für die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands:
ges.: C. Legien.
- Für die Delegation der deutschen Sozialdemokratie:
ges.: H. Müller.

Die deutschen Gewerkschaften für die Friedensaktion

Die in Berlin tagende Konferenz der freien Gewerk-
...schaften Deutschlands hat nach dem „Vorwärts“ gestern fol-
...gende Entschließung einstimmig angenommen: Die Gewerk-
...schaften Deutschlands begrüßen es mit großer Freude, daß der
...Reichstag durch seinen Beschluß vom 19. Juli sich im Namen
...des deutschen Volkes für einen Verständigungsfrieden erklärt
...hat. In der Gesamtheit der Arbeiterbewegung, deren Inter-
...essen die Gewerkschaften vertreten, findet der Wille zur schnellen
...Beendigung des Krieges durch eine Verständigung der Völker
...nicht nur einmütige Zustimmung, die Arbeiter Deutschlands
...sind auch bereit und entschlossen, mehr noch wie schon jeither
...ihre Kräfte für die baldige Erreichung dieses Zieles einzusetzen.

Die französische Partei für Verhandlung mit der deutschen und gegen Zimmerwald

S. I. B. Paris, 25. Juli. (Meldung der Ag. Havas.)
...Der ständige geschäftsführende Ausschuß der sozialistischen
...Partei hat, entgegen dem Wunsch des russischen Arbeiter- und
...Soldatenrates, sein Ersuchen um Einladung des Zimmer-
...walder Verbandes von Bern pünktlich zu beantworten, erklärt,
...daß nur die deutschen, französischen, englischen und die übrigen
...im August 1914 im Internationalen sozialistischen Bureau ein-
...geschriebenen Organisationen nach Stockholm eingeladen wer-
...den sollen, mit Ausschluß des Zimmerwalder Verbandes von
...Bern, der als nicht bestehend betrachtet wird. Dagegen sollte
...die italienische sozialistische Partei, die nach der Kriegserklärung
...ausgeschlossen sei, der französische Arbeitsbund und der ameri-
...kanische Bund (Compera) eingeladen werden.

„Unabhängige“ Friedensgegner

Der schöne Erfolg des Friedensbeschlusses des Reichs-
...tages hat den Frieden noch nicht erreicht, aber ein schweres
...Hindernis auf dem Wege zu ihm fortgeräumt. Der Fortschritt
...ist nicht nur ohne, sondern sogar gegen die „Unabhängigen“
...herbeigeführt worden. Die sind — es gibt keinen milderen
...Ausdruck dafür — der Sozialdemokratie bei ihrem Kampfe
...gegen die imperialistischen Tendenzen in den Rücken gefallen.
...Die alldeutsche „Tägliche Rundschau“ rühmte, die Abstimmung
...sei doch für ihre Richtung gar nicht so schlimm ausgefallen:
...116 gegen 214, das wäre doch gar kein so übles Ergebnis.
...Man muß dazu wissen, daß von den 116 Stimmen der Minder-
...heit 20 von den Unabhängigen geliefert sind. Hätten diese ge-
...stimmt, wie es die sozialistischen Grundsätze und der einfachste
...Menschenverstand gebieten, dann wäre die Resolution, die sich
...für einen Frieden ohne Eroberungen und ohne Entschädigun-
...gen ausspricht, mit 234 gegen 96 Stimmen angenommen wor-
...den, die Niederlage der Annexionsisten wäre noch viel größer
...gewesen und der Eindruck der deutschen Friedensklärung noch
...viel stärker. Durch ihr verbündetes Treiben sind die Unab-
...hängigen zur Hilfstuppe der Annexionsisten geworden. Dieser
...Geht's nicht mehr!

In dieser Zusammenhang verdient noch ein Moment der Freitags-Sitzung hervorgehoben zu werden. Es ist bekannt, daß Genosse Scheidemann einen leidenschaftlichen Appell an Regierung und Reichstag für die Befreiung Liebknechts richtete. Als er das tat, herrschte in dem Hause, das ja am Schicksal Liebknechts nicht unschuldig ist, ein betörendes, fast feierliches Schweigen. Der Eindruck war sichtbar stark. Plötzlich trübte aus dem äußersten linken Winkel eine Stimme: „Sie haben kein Recht, für Liebknecht zu sprechen.“ Schallendes Gelächter ringsum war die Wirkung. Von einer ersten und wichtigsten Sache war die Debatte plötzlich auf die Kleinlichkeiten und Schabigheiten eines verächtlichen Parteistücks abgelenkt. So macht man es im Kleinen wie im Großen, wenn es einem nur noch darauf ankommt, seinen persönlichen Haß abzulassen, nicht aber auf die Sache selbst.

Die Unabhängigen haben sich den Geniestreich geleistet, gegen die Friedensklärung des Reichstages zu stimmen, obwohl selbst die „Leipziger Volkszeitung“ anerkennen muß: „Wir leugnen nicht ihre Bedeutung als Orientierungsfaktor; die Stellung, die die Parteien und die Regierung zu ihr einnehmen, ist wichtig und bedeutsam für die weitere Entwicklung Deutschlands und des Krieges.“

Am bedeutsamsten aber ist die Bundesgenossenschaft Haase-Weßarp auch gegen den Frieden!

Deutsche Weigerung

Dem „Votaleinleger“ wird aus Stockholm gemeldet, daß die schwedische Regierung es ablehne, das Reichstagsgebäude für die Kommerz der Sozialisten zur Verfügung zu stellen. — Der Druck der Entente!

Russische Antwort aus Stockholm

Der „Vorwärts“ erhielt am 24. Juli aus Stockholm folgendes Telegramm:

„Von dem Schreiben an unsere Delegation, datiert vom 20. Juli, nehme ich aus dem „Vorwärts“ vom 21. mit Genugtuung Kenntnis. Wladimir Kojanoff.“

Es handelt sich um das Schreiben, in dem die deutsche Sozialdemokratie ihre Beteiligung an der allgemeinen Konferenz in Stockholm anbot.

Französische Soldaten rufen: „Nach Stockholm!“

Bern, 23. Juli. Aus der Geheimführung des Senats berichten Eponeer Blätter von einer Rede Clemenceaus, in der es heißt: „Man verbreitet Flugchriften mit der Forderung, Arbeiter- und Soldatenräte wie in Rußland zu bilden, die an der Front eine Rückwirkung haben. Man muß wie in Rußland scharf vorgehen. Die Fronturlauber rufen: „Nach Stockholm!“ und wollen den Frieden.“

Die Rede des Reichstagslers im amerikanischen Senat

Washington, 24. Juli. (Neuer.) Senator Lewis erklärte bezüglich der letzten Rede Dr. Michaelis, sie sei direkte Einladung an die Vereinigten Staaten, ihren Einfluß zu gunsten des Friedens geltend zu machen. Man glaubt, daß die Mittelmächte geneigt seien, einen Frieden ohne anzunehmen. Senator Lewis sagte, als er gefragt wurde, ob die Bemerkung des Kanzlers, daß die fortgesetzte Verhandlung der U-Boote die Alliierten auf die Knie zwingen würde wie ein Friedensangebot aussehe, er habe aus der letzten Rede den Eindruck erhalten, daß Deutschland sich mit Wiederherstellung des Status quo ante bellum begnügen würde. Senator Borah fragte, ob Lewis die Frage der zukünftigen Regierungsform in Deutschland in Betracht gezogen habe. Borah, glaube nicht, daß Deutschland bereits einen Punkt erreicht habe, wo es ausländischen Einflüssen gestatten werde, die Form seiner Regierung vorzuschreiben. Lewis antwortete, die russische Revolution machte in Deutschland großen Eindruck. Es ist meine Ueberzeugung, daß in Deutschland Einführungen zu finden sind, die Anlaß zu großen inneren Reformen sein werden.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg

Es ist empfehlenswert

unter heutigen Umständen jetzt schon an die Beschaffung seiner **Herbst- und Winterkleidung** zu denken. Mein Lager

Winter-Wolfe * Paletots * Loden-Joppen

ist ausserordentlich gross und findet jeder noch das Gewünschte in bester Auswahl.

Maß-Abteilung:

Steht unter Leitung eines bewährten Zuschneiders. Ich führe die neuesten Stoffe zu entsprechend mässigen Preisen. Für tadellosen Sitz eines **jeden Kleidungsstückes** übernehme volle Garantie.

Telefon 2121

J. Rosenbaum

Breitgasse 128/29

177

Moderne Modische Zeitschriften:

Der wahre Jakob

10 Bände

Jugend

40 Bände

Simplex

30 Bände

Verkaufung Volksrecht

Paradiesgasse 32.

Volksfürsorge

Gewerkschaftliche-Gemeinschaftliche

Berufsgewerkschaften

Ständige Lese für Erwachsene

und Kinder. Kein Postverkauf!

Die wahren Schritte von der

Verkaufsstelle 16 Danzig

Preis 2 Bände 10 Bände 10

Opfertag für Danzig

Gedenktag der Mobilmachung

Mittwoch den 1. August, abends 8 Uhr, Sporthalle:

VORTRAG

des Militärschriftstellers Major a. D. Morath-Berlin

„Die Kriegslage“

Eintrittskarten bei W. F. Bureau, Langgasse, und Akadem. Buchhandlung Schwarz, Langfuhr, Hauptstrasse.

Preise der Plätze im Vorverkauf: Loge B, links und rechts Mk. 3.—, Saal: Reihe 7—11 Mk. 5.—, Reihe 12—15 Mk. 4.—, Reihe 16—19 Mk. 3.—, Reihe 20—30 Mk. 2.—, Loge C, D, E und Balkon Mk. 1.—

Vaterländischer Hilfsdienst

Aufforderung des Kriegsamt zur freiwilligen Meldung gemäß Absatz 2 des Befehles über den Vaterländischen Hilfsdienst

Zur Verwendung bei Militärbehörden und Zivilverwaltung im besetzten Gebiete (Etappen-Inspektion 8 in Elbeu) werden (Hilfsdienstpflichtige) für folgende Beschäftigungsarten gesucht:

1. Maschinen- und Hilfschreiber, Botendienst,
2. Technischer Dienst,
3. Bahn- und Expeditionsdienst,
4. Bäcker und Schlächter,
5. Handwerker jeder Art,
6. Anderer Arbeitsdienst jeder Art,
7. Pferdepfleger, Kutscher, Viehwärter,
8. Sicherheitsdienst (Wahnschuh, Gefangenen- und Säuglingsbewachung).

Weitere Auskunft wird von der unterzeichneten Kriegsamt Danzig, Abt. I, Krebsmarkt 2/3, sowie von den Hilfsdienststellen erteilt.

Der nächste Transport von Helfern nach Elbeu wird am nächsten Mittwochs abgehen.

Personen, die im wehrpflichtigen Alter stehen, d. h. von 17 bis 48. Lebensjahre, werden, auch wenn sie kriegsunbrauchbar sind, eingestellt.

Ferner werden nicht angeworbene Arbeitskräfte aus Landwirtschaft und Facharbeiter, die in der Rüstungsindustrie wandeln können. Auch solche Personen, die bereits anderwärts im vaterländischen Hilfsdienst tätig sind, namentlich bei Wehrmännern im allgemeinen nicht für das besetzte Gebiet angenommen.

Danzig, den 20. Juli 1917.

Kriegsamtstelle Danzig.

Kaffeehaus Bürgergarten, Karthäuserstr.

Sonntag den 29. Juli

Gartenkonzert

Eintritt frei

Zu regem Besuch ladet ein

M. Steppuhn.



Uhren

mit 3jähriger schriftl. Garantie

Große Auswahl

in silbernen u. goldenen Damen- u. Herrenuhren

Wehreruhren in alter Preisliste

S. Lewy Nflgr.

Uhrmacher, nur Breitgasse 28. 178

Volkswacht

Danzig :: Paradiesgasse 32

Druckarbeiten für Vereine und Private

in moderner Ausstattung

Trauer-

Hüte in reicher Auswahl

Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen

Julius Goldstein

Lowendiegasse 4, gegenüber der Markthalle

In Ost und West

ist ein gutes Buch, die Freude unserer Kriegszeit. Es ist uns gelungen, eine Partie Bücher

50 Meisternovellen

billig einzukaufen, und geben wir dieselben zum Preis von 60 Pf., soweit der Vorrat reicht, an unsere Leser

Buchhandlung Volkswacht Paradiesgasse 32.